

# Wirtschaftsmagazin Pfalz



## IHK-Wahlprüfsteine zur Europawahl

Krisenbewältigung:  
Auf den Prüfstand gestellt

Staat versus Markt:  
Außenwirtschaftsgesetz



A 12851 Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt. Mittelung

# Überlebensstrategie Ausbildung



Die IHK Pfalz hat bereits 2006 mit der Kampagne „Anti-Aging für Unternehmen“ begonnen, das Bewusstsein der Unternehmen für die Sicherung ihres Fachkräftebedarfs durch Ausbildung zu schärfen. Mit weiteren Anstrengungen und vor allem dem Ausbildungsengagement der Betriebe selbst ist es der pfälzischen Wirtschaft 2007 gelungen, bundesweit den höchsten Zuwachs an Ausbildungsplätzen zu erzielen. Und auch aktuell zeigt eine Umfrage unter den Ausbildungsbetrieben, dass 82 Prozent (Rheinland-Pfalz: 75 Prozent) trotz der Krise die Zahl ihrer Ausbildungsplätze für 2009 erhöhen oder das bisherige Angebot beibehalten wollen.

Gleichzeitig kann jedoch jeder 5. Ausbildungsplatz nicht besetzt werden, weil die Qualifizierung der Bewerber nicht ausreicht. Der Kampf um die besten Fachkräfte wird also auch von dieser Seite her härter werden. Mit Kurzarbeit versuchen die Unternehmen heute, ihre hoch qualifizierten Mitarbeiter zu halten, aber nur mit Ausbildung können sie ihre unternehmerische Zukunft sichern. Haben früher viele Unternehmer aus gesellschaftlicher Verantwortung heraus – auch über Bedarf – ausgebildet, so wird Ausbildung heute zur Überlebensstrategie. Wenn der Konjunkturmotor wieder anspringt, werden wir alle Kräfte und gerade alle jungen Talente brauchen, um die Leistungskraft unserer Wirtschaft wiederherzustellen und nachhaltig zu sichern. Daher lautet mein dringender Appell an die Unternehmen der Pfalz, auch in schwierigen Zeiten in der Ausbildung nicht nachzulassen.

**Willi Kuhn**  
Präsident der IHK Pfalz

Die Wirtschaftskrise füllt derzeit viele Zeitungsseiten. Schlagworte wie Kurzarbeit, Insolvenz und Kreditklemme sind in aller Munde. Angesichts dieser Krise steht nicht nur der Arbeitsmarkt, sondern auch der Ausbildungsmarkt vor großen Herausforderungen. Gerade an dieser Stelle Kosten zu reduzieren, wäre an der falschen Stelle gespart – mit fatalen Folgen.

Der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel sind viel dramatischer für unsere Wirtschaft als die aktuelle Krise. Die jungen Leute, die wir in wenigen Jahren dringend als Berufsnachwuchs brauchen, hätten schon vor mindestens 15 Jahren geboren werden müssen. Diese fehlenden Nachwuchskräfte werden wir aber auf natürlichem Wege nicht mehr ersetzen können. Fakt ist vielmehr, dass die rheinland-pfälzische Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren um mehr als fünf Prozent von 4,1 Mio. auf rund 3,8 Mio. Menschen schrumpfen wird. Diese Entwicklung hat zwei Auswirkungen: Zum einen bedeutet dies einen starken Rückgang an Menschen im erwerbsfähigen Alter, zum anderen müssen wir uns auf alternde Belegschaften einstellen. Schon heute gehen in Rheinland-Pfalz mehr Menschen in Ruhestand, als jüngere Jahrgänge nachwachsen.



## Wirtschaftspolitische Instrumente zur Krisenbewältigung

In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellt sich die Frage nach Notwendigkeit und Grenzen staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft. Die IHK-Organisation plädiert für die Einhaltung klarer ordnungspolitischer Grundsätze. Zur besseren Orientierung in der Krise prüft und bewertet sie für die Unternehmen aktuelle wirtschaftspolitische Fragen, z. B. zu Managergehältern, Steueroasen und Bad Banks.

Seite 32

## IHK-Prüfsteine zur Europawahl

Die wichtigsten Gesetze, die die Wirtschaft betreffen, werden nicht mehr national, sondern von der EU auf den Weg gebracht. Nicht immer zum Nutzen der Wirtschaft, nicht immer mit der rechten Balance von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Oft aber mit viel mehr Bürokratie verbunden. Zur Europawahl hat die IHK Pfalz deshalb die rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten für das Europaparlament nicht nur um Stellungnahme zu den „Wahlprüfsteinen“ der Wirtschaft gebeten, sondern auch mit einer großen Umfrage ermittelt, was die Unternehmen selbst von Brüssel und den Kandidaten erwarten. Das wichtigste Signal der rheinland-pfälzischen Wirtschaft lautet: Bürokratieabbau vorantreiben!

Seite 26

# Themen | Mai 2009

### Standpunkt

03 | Überlebensstrategie Ausbildung

### Firmenreport

8 | Namen und Neuigkeiten

10 | Kurz notiert

### Standortpolitik

26 | IHK-Wahlprüfsteine zur Europawahl 2009 - Antworten der fünf Spitzenkandidaten

30 | Neue Messe in Ludwigshafen: Erlebniswelt Rheinpfalz-Card

30 | Neue Messe in Kaiserslautern: EXPO Pfalz

### Starthilfe und Unternehmensförderung

32 | Wirtschaftspolitische Instrumente zur Krisenbewältigung

### Aus- und Weiterbildung

36 | Was ist eigentlich eine Einstiegsqualifikation (EQ)?

37 | IHK-Weiterbildung: Aktuelle Angebote

### Innovation und Umwelt

38 | Luxus notwendig: Breitbandinitiative Kusel

40 | Neue Maschinenrichtlinie

### International

42 | Staat versus Markt: Neues Außenwirtschaftsgesetz

44 | Rheinland-Pfalz auf der Ecogerma

### Recht und Fair Play

46 | Unter der Lupe: „Germany“ auf Produkten

46 | Sechs Abmahnungen: Keine Warnfunktion

### Impressum

### Wirtschaft Illustriert

19 | Golfen in der Region



## Neues Außenwirtschaftsgesetz

Musste das neue Außenwirtschaftsgesetz wirklich sein? In unserer Serie „Staat versus Markt“ kritisiert IHK-Außenwirtschaftsexperte Volker Scherer das neue Gesetz als „wohl eher ideologisch motiviert, begrifflich schwammig und dazu geeignet, Investoren abzuschrecken, die wir gerade jetzt in der Finanzkrise dringend bräuchten.“

Seite 42

## EINLADUNG

### IHK-Vollversammlung am 28. Mai in Jockgrim

Alle IHK-Mitglieder sind herzlich zur Frühjahrs-Vollversammlung ab 16:00 Uhr in das Bürgerhaus Jockgrim eingeladen. Themen sind u. a. die Vorbereitung der nächsten Vollversammlungswahl 2010 inkl. Satzungsänderungen sowie die geplanten Sanierungsmaßnahmen des ZfW Ludwigshafen.

Anmeldungen bitte an die IHK,  
Tel. 0621 5904-1101,  
beate.boehmer@pfalz.ihk24.de.  
Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

Ab 18:30 Uhr spricht bei „Wirtschaft im Dialog“ Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Fachgebiet Finanz- und Wirtschaftspolitik der TU Darmstadt und ehemaliger Vorsitzende des Sachverständigenrates.

## Firmenindex

BTG		14
DSG		16
Eurosol		6
Forum1		16
Hammermühle		12
Hornbach		7
JPS		7
Kinkon		13
MB		14
Wasgau		17
WJW		18

### 30 ■ Verbraucherpreisindex

#### ■ Neues aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Brüssel

- 48 | Ludwig Georg Braun
- 48 | Parlamentarischer Abend
- 49 | Hans Heinrich Driftmann

#### ■ Kultur & Genuss zum Schluss

- 50 | 1. Südpfälzer Buchmesse
- 50 | 13. Markt der Genüsse
- 50 | Terra Palatina

## Dreifach aufgestellt

Eurosol GmbH

**Die Sonne scheint auch in der Krise. Davon profitiert besonders das auf regenerative Energietechnik spezialisierte Unternehmen Eurosol. Die Ludwigshafener Firma erwirtschaftete 2008 den höchsten Jahresumsatz seit ihrer Gründung im Jahr 2000. Mit Großhandel und Installation von Solarstromanlagen erzielte die 39-köpfige Mannschaft einen Umsatz von 39 Millionen Euro, eine Steigerung zum Vorjahr um 130 Prozent.**

„Wir sind wesentlich stärker gewachsen als der Markt“, begründet Geschäftsführer Frank Illner die glänzenden Zahlen. Eurosol ist nach seinen Worten „relativ breitbeinig aufgestellt“, um alle Marktchancen nutzen und auf Veränderungen schnell reagieren zu können. Zum einen bedienen die Ludwigshafener den klassischen Großmarkt. Sie verkaufen sämtliche Teile, die man zur Errichtung einer Solarstromanlage braucht, an Dachdecker oder Elektroinstallateure. Diese schicken einfach Skizzen und Fotos und die Eurosol-Experten rechnen zum Beispiel aus, welche Module in welcher Anzahl notwendig sind und welcher Wechselrichter installiert werden muss. Die Wiederverkäufer werden in Seminaren technisch auf dem Laufenden gehalten. Das Großhandelsgeschäft läuft europaweit. „Dies ist ein wesentlicher Grund für unser Wachstum“, erklärt Frank Illner. In zahlreichen anderen Ländern gibt es vergleichbare Regelungen wie das deutsche Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), das eine erhöhte Einspeisevergütung über einen langen Zeitraum garantiert. Auf der jüngsten Solarmesse im französischen Lyon sei der Eurosol-Stand geradezu „übertannt“ worden, berichtet Illner: „Frankreich explodiert geradezu.“ Zu anderen europäischen Märkten zählen Spanien, Schweiz und Italien und beim Blick über den Atlantik meint Illner zuversichtlich: „Der US-Markt ist jetzt richtig reif.“ Hier wolle man mit einem lokalen Partner einsteigen. Das zweite wichtige Standbein für Eurosol stellt das Projektgeschäft dar. Hier geht es um großflächige Solaranlagen, die sich Gewerbebetriebe auf ihre Hallendächer oder Energieversorger auf der grünen Wiese bauen lassen. Weil die Anlagen größer sind als beim privaten Hauslebauer, seien auch höhere Ingenieursleistungen notwendig, erklärt Illner. Sein Team kümmert sich sowohl um die Technik als auch um organisatorische. „Wir führen Lieferanten und Kunden zusammen und „stricken“ die Vorfinanzierung durch die Banken.“ So hat der Kunde nur einen Ansprechpartner: Eurosol. Geschäftspartner seien verstärkt auch klassische Geldanleger, die statt auf turbu-

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Die AutorInnen im Wirtschaftsmagazin Pfalz

uc = Ulla Cramer  
FuH = Sabine Fuchs-Hilbrich  
CoH = Cordula Häde  
rs = Robert Schäfer  
yon = Volker Reinle-Carayon  
tz = Fred G. Schütz  
tro = Dr. Ewald Trojansky

Fotos sind, soweit nicht anders angegeben, Firmenfotos.



Dokument-Nr.: 26517

lente Aktienmärkte jetzt lieber auf eine sichere Rendite zwischen 6 und 10 Prozent setzen. Ein weiteres Standbein der Solarspezialisten ist die Forschung. Gerade hat Eurosol den Zuschlag für einen Auftrag der Bundesregierung erhalten. Gemeinsam mit der Hochschule Mannheim sollen die Ludwigshafener die Linsen verbessern, die das Sonnenlicht bündeln. „Mit den verbesserten Linsen fokussieren wir dann auf Standardmodule, wodurch wir Solarzellen in beachtlicher Größenordnung einsparen können“, sagt Illner mit Blick auf den Kostenvorteil. Weiterer Pluspunkt: Bisherige Solarkraftwerke brauchen für ihren Betrieb viel Wasser. Die neue Generation kommt ohne aus und ist für trockene sonnenreiche Gebiete wie Nordafrika wie geschaffen. (rs)



Die schlüsselfertige Errichtung von Solarparks ist ein wichtiges Standbein von Eurosol.

### Eurosol GmbH im Überblick

Firmensitz: Ludwigshafen  
Geschäftsführer: Frank Illner, Andreas Fürst  
Mitarbeiter: 39  
Umsatz 2008: 39 Millionen Euro  
Internet: [www.eurosol.de](http://www.eurosol.de)

## Wachstum im In- und Ausland

### HORNBACH-Gruppe

**Die HORNBACH-Gruppe, einer der größten Betreiber von Bau- und Gartenmärkten in Europa, hat im vergangenen Geschäftsjahr (1. März 2008 bis 28. Februar 2009) dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld getrotzt und das Umsatzniveau auch auf vergleichbarer Verkaufsfläche im In- und Ausland erhöht.**

Insgesamt wuchs der Konzernumsatz (netto) der HORNBACH HOLDING AG nach den vorläufigen Zahlen um 5,1 Prozent auf 2,75 Mrd. Euro. Der Teilkonzern HORNBACH-Baumarkt-AG, der europaweit 129 großflächige Bau- und Gartenmärkte in neun Ländern betreibt, verbesserte die Nettoumsätze einschließlich vier neueröffneter Filialen um 5,2 Prozent auf 2,6 Mrd. Euro. Davon entfielen 41 Prozent auf die internationalen Aktivitäten. Ohne Berücksichtigung von Neueröffnungen stieg der Umsatz der Bau- und Gartenmärkte konzernweit um 1,4 Prozent. „Wir sind insbesondere stolz auf das flächenbereinigte Umsatzwachstum in Deutschland in Höhe von 1,2 Prozent“, sagte Albrecht Hornbach, der Vorstandsvorsitzende der HORNBACH HOLDING AG. „Während die DIY-Branche expansionsbereinigt den Rückwärtsgang einlegte, ging es bei HORNBACH im zurückliegenden Geschäftsjahr klar nach vorne. Den Abstand zum Wettbewerb haben wir inzwischen auf mehr als vier Prozentpunkte vergrößert. Im Handel sind das Welten. Das spricht für das Vertrauen der Kunden in unser Konzept.“ (rs)

[www.hornbach.com](http://www.hornbach.com)

## Das automatische Parkhaus

### JPS Parkingsystems Germany GmbH

**Parkraum ist ein knappes Gut, das erlebt jeder von uns Tag für Tag. Der Neustadter Maschinenbauingenieur Helmut Jakob hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Seine Lösung: ein vollautomatisches Pkw-Parksystem.**

Wer in der Innenstadt einen Parkplatz sucht, hat eigentlich nur eine Chance: die Fahrt ins Parkhaus. Enge, dunkle Einfahrten, das endlose Kurven durch die verschiedenen Ebenen auf der Suche nach einem freien Platz, der Ärger über Schrammen und Beulen durch die Kollision mit anderen Fahrzeugen und das mulmige Gefühl, wenn man nachts in den menschenleeren Hallen sein Fahrzeug sucht – eine optimale Lösung des Problems sind Parkhäuser sicherlich nicht. Doch die Parkplatzsuche für den Einkaufsbummel in der City kann sich auch ganz anders gestalten: Eine entspannte Fahrt auf eine Plattform in einer Kabine, deren Einfahrtstor mit einer Parkkarte, einem Parkticket oder einem Park-Schlüssel geöffnet wird. Der Fahrer steigt aus, aktiviert den Einparkvorgang – und ist die Sorge um sein Auto los. Das eigentliche Einparken überlässt er einem automatischen System, das ihm seinen fahr-



Mit seinem automatischen Parksystem will sich der Neustadter Maschinenbauingenieur Helmut Jakob auf dem Markt durchsetzen.

baren Untersatz auch nach seiner Rückkehr wieder zuverlässig zur Verfügung stellt. Helmut Jakob hat ein solches automatisches Parksystem entwickelt und als Patent angemeldet. Der Neustadter Maschinenbauingenieur ist sicher, dass sich sein Produkt auf dem Markt durchsetzen wird. „Es ermöglicht eine Verdopplung bis Verdreifachung der Stellplatzkapazität, vorhandene Stützen, Treppen und Versorgungsschächte können umfahren werden und es entstehen keine CO<sub>2</sub>- und Schallemissionen“, zählt er nur einige der Vorzüge auf. Der ohnehin geringe Energiebedarf könne zudem über Solarmodule abgedeckt werden. „Natürlich gibt es bereits jetzt automatische Parksysteme beispielsweise in Japan, aber auch schon in Deutschland. Sie funktionieren im Allgemeinen jedoch nach dem Aufzug-Prinzip“, so der Erfinder. „Ich habe jedoch viele Jahre in der Automotive Industrie gearbeitet und eine Alternative entwickelt, die modular aufgebaut ist – auf der Basis eines Palettenfördersystems. Auf diese Weise sind jederzeit Erweiterungen von vorhandenen Parksystemen möglich.“ Die zum Parken dienenden Förderpaletten können längs und quer fahren und sind nach einem mathematischen Algorithmus programmiert. Ihr Plus: Sie brauchen keine Gänge und Rampen auf der Suche nach einer Parkmöglichkeit – nur ein freier Stellplatz wird benötigt. Helmut Jakob hat seine Erfindung vor rund einem Jahr in die JPS

Parkingsystems Germany GmbH eingebracht, deren geschäftsführender Gesellschafter er ist. Hauptsitz ist das saarländische Bous. In Jakobs Heimat, in Neustadt, hat JPS eine Niederlassung. Die Wahl des Hauptsitzes hat einen guten Grund: Zweiter JPS-Gesellschafter ist Willi Seiwert, Geschäftsführer der saarländischen Tasco Industrietechnik GmbH, einem mittelständischen Unternehmen, dessen Produktpalette vor allem Förder- und Produktionsanlagen umfasst – und die JPS mit der „Infrastruktur“ unterstützt, die die junge Firma zur Entwicklung des innovativen Parksystems braucht, wie z.B. CAD-Arbeitsplätze. Dritter im Kreise der JPS-Gesellschafter ist der Neustadter Geschäftsmann Peter Ritter. Nachdem das System ausgereift ist, steht bei dem Start-up nun die Vermarktung im Fokus. „Wir sprechen Architekten an, Bauträger, aber auch Hotels und Banken. Eine Installation ist sowohl in Neu- als auch in Altbauten möglich“, so Jakob. Erste Angebote wurden bereits eingereicht. (uc)

Kontakt: [hj@jps-parksysteme.de](mailto:hj@jps-parksysteme.de)

## NAMEN UND NEUIGKEITEN

**Karl-Heinz Graf**, Inhaber mehrerer renommierter Restaurants, so z.B. Graf's Waldgaststätte und Hotel Löwengarten in Speyer, ist im März im Alter von 85 Jahren verstorben. Graf engagierte sich über viele Jahre - von 1978 bis 1992 - als Mitglied der IHK-Vollversammlung. 1992 wurde ihm für seinen jahrzehntelangen und herausragenden Einsatz für die Wirtschaft der Pfalz und sein Engagement für das Hotel- und Gaststättengewerbe das Bundesverdienstkreuz verliehen.

**Günther Koch**, Vorstand der Pfalzer Werke Aktiengesellschaft, Ludwigshafen, vollendete am 22. März sein 60. Lebensjahr. Koch ist seit 2004 Mitglied der Vollversammlung der IHK Pfalz.

**Joachim Kunz**, Inhaber des Hotel Restaurant Kunz in Pirmasens, vollendete am 27. März sein 60. Lebensjahr. Der engagierte Unternehmer ist seit 1992 Mitglied der IHK-Vollversammlung.

**Klaus Peter Muhlert**, Geschäftsführer der Peter Muhlert GmbH, Ludwigshafen, vollendete am 24. März sein 60. Lebensjahr. Muhlert engagiert sich seit vielen Jahren berufsständisch zunächst im RDM, seit 2007 nach der Umorganisation der bundesweiten Organisation ist er Mitglied des erweiterten Vorstandes des Immobilienverbandes IVD West. Darüber hinaus ist er seit 1992 Mitglied der Vollversammlung der IHK Pfalz.

**Wolfgang Rüttgers**, Geschäftsführer der Brillenstudio Rüttgers GmbH in Bad Bergzabern, vollendete am 11. April sein 50. Lebensjahr. Rüttgers ist seit 2004 Mitglied der Vollversammlung der IHK Pfalz.

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Wirtschaftsmagazin online!

Das Wirtschaftsmagazin Pfalz steht Ihnen auch online (ab Ausgabe 10/07) auf unserer Homepage zum Download zur Verfügung.



Dokument-Nr.: 26182

## KURZ NOTIERT

Die **BASF SE** hat im März in Ludwigshafen eine neue Anlage für den Dämmwerkstoff Neopor® in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um expandierbares Polystyrol (EPS). Die Anlage verfügt über eine Produktionskapazität von 90.000 Jahrestonnen und arbeitet mit einem neuen Verfahren auf Extrusionsbasis. Neopor bietet eine um bis zu 20 Prozent bessere Dämmleistung als Styropor® (EPS) und trägt so zu Energieeffizienz und zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. (red)

[www.basf.com](http://www.basf.com)



*Neopor ist ein Werkstoff, der Energieverbrauch und -kosten beim Bau und bei der Nutzung von Gebäuden verringert und den Wohnkomfort steigert.*

Das Ludwigshafener IT-Unternehmen **Fasihi GmbH** ist weiter auf Expansionskurs. Im Jahr 2008 steigerte die Firma den Umsatz um mehr als zwölf Prozent auf 2,225 Millionen Mark und erreichte damit einen neuen Höchststand. Im Vorjahr hatte der Umsatz 1,983 Millionen Euro betragen. Gründe für die Umsatzsteigerung sind zum einen Aufträge aus der **BASF SE**, einem der wichtigsten Kunden der Fasihi GmbH. Zum anderen ist es dem Unternehmen gelungen, im abgelaufenen Jahr neue Kunden für ihr selbst entwickeltes innovatives Produkt, das Fasihi Enterprise Portal, zu gewinnen. Das mittelständische Unternehmen aus der Metropolregion Rhein-Neckar beschäftigt unter der Leitung von Firmengründer und Geschäftsführer Saeid Fasihi derzeit 27 fest angestellte Mitarbeiter und drei Auszubil-

dende, die gleichzeitig ein berufsbegleitendes Studium an der Dualen Hochschule in Mannheim absolvieren. (red) [www.fasihi.net](http://www.fasihi.net)

Trotz schwieriger Umfeldbedingungen hat die **Sparkasse Vorderpfalz** Ergebnis und Eigenkapitalausstattung im Jahr 2008 erneut gesteigert. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erhöhte sich um 8,2 % auf 9,3 Mio. Euro. Die Eigenkapitalausstattung lag mit rd. 15,5 % deutlich über der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geforderten Mindestquote von 8 %. Für die Bilanzsumme meldete das Kreditinstitut zum Jahresende einen Wert von knapp 2 Mrd. Euro. Im Privatkundengeschäft konnten sowohl Volumen als auch Stückzahl der Renten- und Lebensversicherungsverträge um 20 % gesteigert werden. Im Geschäftskundenbereich betrogen die Darlehenszusagen an den Mittelstand insgesamt 105 Mio. Euro. Ende des Geschäftsjahres beschäftigte die Sparkasse Vorderpfalz 547 ArbeitnehmerInnen und Auszubildende. (red) [www.sparkasse-vorderpfalz.de](http://www.sparkasse-vorderpfalz.de)

Die **Oerlikon Schweißtechnik GmbH** eröffnete kürzlich die neue Vertriebsniederlassung West in Ratingen. In diesem Zusammenhang wurde dort auch das neue bundesweite Automationszentrum Schneiden eröffnet. OERLIKON ist eine der beiden Industriemarken der Air Li-



*Die Ausstattung des Kompetenzzentrums Schneiden ermöglicht umfassende Produktvorführungen im Bereich der Schneidtechnik.*

guide Welding Gruppe. Der Produktschwerpunkt liegt bei innovativen Lösungen für die Schweiß- und Schneidtechnik, in Form von Zusatzwerkstoffen, Schweiß- und Schneidgeräten und Automationslösungen. Die **OERLIKON Schweißtechnik GmbH** ist das deutsche Vertriebs- und Produktionsunternehmen der Air Liquide Welding Gruppe mit ca. 200 Mitarbeitern an sechs Standorten in Deutschland und einem Umsatz von ca. 78,5 Mio. " (2008). Ein Großteil der Schweißpulver-Produktion für den europäischen Markt erfolgt am Standort Eisenberg/Pfalz. (red)

[www.oerlikon-welding.de](http://www.oerlikon-welding.de)

Passend zum Saisonbeginn zeigt sich das **Hotel am Technik Museum Speyer** seit Anfang April in einem neuen Design.



*Neuer Empfangsbereich im Hotel am Technik Museum Speyer.*

Seit Januar werden der Empfangs- und Frühstücksbereich, sowie 30 Einzel- und Doppelzimmer „aufgefrischt“ und renoviert. Neben harmonischen farblichen Akzenten erhalten die Zimmer eine komplett neue Möblierung und energiesparende Beleuchtung. Das Hotel am Technik Museum Speyer befindet sich direkt auf dem Gelände des Technik Museums in unmittelbarer Nähe des Speyerer Doms. Die drei Gebäude sind mit insgesamt 105 modernen Zimmern ausgestattet. (red) [www.technik-museum.de](http://www.technik-museum.de)

Die **VESCON Systems AG** in Frankenthal hat eigenen Angaben zufolge als erste



Ingenieurgesellschaft in Deutschland das Zertifikat für Arbeitsschutz mit System (AMS) erhalten. Durch die gesetzliche Unfallversicherung VBG hat das Unternehmen sein Arbeitsschutz-Managementsystem nach nationalen und internationalen Standards prüfen lassen. Das AMS-Zertifikat wurde durch den Präventionsleiter der VBG-Bezirksverwaltung Mainz, Georg Krämer, an Stefan Ruthmann, Vorstand Technik/Vertrieb VESCON Systems AG, übergeben. VESCON realisiert Projekte in den Bereichen Automatisierungs- und Verfahrenstechnik, Energie- und Hochspannungstechnik sowie Sondermaschinenbau und Prüfstandstechnik. Umfangreiche Dienstleistungen in den Bereichen CAD/CAE, Software und IT sowie des Stoff- und Materialdatenmanagements ergänzen das Leistungsspektrum. (red) [www.vescon.com](http://www.vescon.com)



*Wird umfassend saniert. Das Turmrestaurant im Ludwigshafener Ebertpark.*

Im März beschloss der Aufsichtsrat der [GAG Ludwigshafen am Rhein](http://www.gag-ludwigshafen.de), das Leuchtturmprojekt „Turmrestaurant“ zu realisieren. Aufgrund der architektonischen Bedeutung und der einmaligen attraktiven Lage im Ebertpark wurden eine umfassende Sanierung und damit die Wiederbelebung des Turmrestaurants beschlossen. Im Restaurant wer-

den nach der Sanierung des Turms und der Seitenflügel ca. 150 Gastplätze zur Verfügung stehen. Die Fertigstellung sei im Sommer 2010 zu erwarten, so die Unternehmensleitung. Bei einer Gesamtnutzfläche von ca. 1.400 m<sup>2</sup> werden ca. 3,4 Mill. Euro Investitionskosten aufgebracht. (red) [www.gag-ludwigshafen.de](http://www.gag-ludwigshafen.de)

## Eine gesunde Basis für die Zukunft

Hammermühle GmbH

**Ihre Eltern waren Pioniere auf dem Markt für glutenfreie Lebensmittel und die Hammermühle in Kirrweiler einer der ersten großen Anbieter. Jetzt hat sich Sibylle von Schaabner mit einem ihrer Hauptwettbewerber zusammengetan. Gemeinsam sind sie die Nummer zwei in Deutschland.**



Die beiden Geschäftsführer der Hammermühle, Sibylle von Schaabner und Josef Praml, stehen für eine „gesunde Zukunft“ des Unternehmens.

„Ich wollte mein Unternehmen für die Zukunft wettbewerbsfähig machen und damit die Arbeitsplätze sichern – aber auch Perspektiven für das Lebenswerk meiner Familie schaffen,“ beschreibt Sibylle von Schaabner ihre Motivation, die sie vor anderthalb Jahren veranlasste, noch einmal aktiv in die Geschäftsführung der Hammermühle einzusteigen. Das Unternehmen hatte die heute 60-Jährige 1987 von ihren Eltern übernommen. In Andreas Hubmann, dem Geschäftsführer der Mühle Hubmann GbR aus dem oberfränkischen Neunkirchen fand sie den geeigneten Partner, um den Betrieb auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Anfang des Jahres schloss sich die Hammermühle Diät GmbH mit dem Teilgeschäftsbereich „glutenfrei“ der Mühle Hubmann GbR zur Hammermühle GmbH mit Sitz in Kirrweiler zusammen. Beide Gesellschafter halten je 50 Prozent der Anteile. „Es ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe“, so von Schaabner – auch mit Blick auf die „eingebrachten“ Umsätze von jeweils rund 4 Millionen Euro. Mit einem Marktanteil von rund 20 Prozent steige die „neue“ Hammermühle zur Nummer zwei im Markt für glutenfreie Lebensmittel auf, zeichnet die Unternehmerin die Perspektiven der Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Wettbewerber auf. Angepeilt sind in den nächsten Jahren Umsätze von 10 bis 11 Millionen Euro. „Der Diätmarkt hat ein großes Wachstumspotenzial“, sieht sie die Zukunftsaussichten des neu aufgestellten Unternehmens sehr positiv – und das nicht nur in Deutschland. Auch im europäischen Ausland will man neue Kunden gewinnen. Rund 300 glutenfreie Produkte bietet die Ham-

### ■ Hammermühle GmbH im Überblick

Firmensitz:	Kirrweiler
Geschäftsführer:	Sibylle von Schaabner, Josef Praml
Beschäftigte:	63
Auszubildende:	2
Umsatz 2008:	8,6 Millionen Euro
Internet:	<a href="http://www.hammermuehle.de">www.hammermuehle.de</a>

mermühle an, wobei die Südpfälzer vor allem im Brot- und Mehlsegment stark sind, während die Minderleinsmühle von Andreas Hubmann Kuchen, Kekse und Müslis beisteuert. Glutenfreie Nahrung ist vor allem für Menschen wichtig, die an der schweren Stoffwechselkrankheit Zöliakie leiden. Gluten, das so genannte Kleber-Eiweiß, kommt in fast allen gängigen Getreidesorten vor. Seine Funktion: Es sorgt dafür, dass beim Backen eine knetbare Masse, ein Teig, entstehen kann.

Die Aufteilung der Kompetenzen bereitete wenig Probleme: Am Hauptsitz Kirrweiler konzentriert die neue Hammermühle ihre Frischbrotbäckerei, die bereits Ende 2008 erweitert und ausgebaut wurde. Auch der Direktversand bleibt eine Domäne der Pfälzer. Rund 100.000 Pakete werden hier pro Jahr gepackt, rund 20.000 Kunden bestellen regelmäßig glutenfreie Lebensmittel in Kirrweiler. Das Geschäft mit Großkunden wie Alnatura und dem Großhandel wird hingegen im Logistikzentrum der Minderleinsmühle in Adorf im sächsischen Vogtland abgewickelt. Ein Bereich, den Sibylle von Schaabner gerne noch ausbauen möchte. „Es ist unser großes Ziel, auch bei den führenden deutschen Lebensmittelhändlern gelistet zu werden“, beschreibt sie die Strategie. „Die großen Konzerne sind an unserer Produktpalette sehr interessiert. Erste Gespräche laufen bereits.“ Mühle Hubmann, einer der führenden Hersteller von ökologischen Nahrungsmitteln in Deutschland, der mit insgesamt 240 Mitarbeitern einen Umsatz von 30 Millionen Euro erwirtschaftet, kann hier seine Kontakte und logistischen Möglichkeiten einbringen. 65 Mitarbeiter beschäftigt das neue Unternehmen, 50 davon in Kirrweiler. Den traditionsreichen Mühlenbetrieb in Kirrweiler musste von Schaabner allerdings aus Rentabilitätsgründen einstellen. Acht der zehn Beschäftigten fanden jedoch eine neue Anstellung in Freimersheim. Die Freimersheimer Mühle, die jetzt unter Cornexo GmbH & Co. KG firmiert, hat der Mühlenbesitzer Michael Gutting aus Neustadt-Hambach auf Mais umgerüstet und ist nun Hauptlieferant der Hammermühle. Die Marken „Hammermühle“, „Minderleinsmühle glutenfrei“, „Rosengarten glutenfrei“ und „Hubmann gluten free“ werden fortgeführt, sollen aber sukzessive auf „Hammermühle“ umgestellt werden. „Ich denke, wir sind jetzt auf einem guten Wege“, ist Sibylle von Schaabner überzeugt, die Weichen richtig gestellt zu haben. „Die letzten Monate waren auch für mich persönlich eine anstrengende Herausforderung.“ Und sie ist froh, dass sie vor diesem Hintergrund auf die Unterstützung durch Geschäftsführer Josef Praml und Prokurist Nicolai Schenk bauen kann. „Bei ihnen liegt das operative Geschäft in guten Händen.“ (uc)

## Preisgekröntes Produkt: Sicheres Internet für Kinder

Kinkon GmbH

**Ein knappes Jahr ist die Kaiserslauterer Kinkon GmbH alt, doch die beiden Gründer und Geschäftsführenden Gesellschafter Sascha A. Blümel und Peter K. Sanner heimsten für ihre Idee schon reihenweise Preise ein: Sie entwickeln einen sicheren Internetzugang für Kinder – nur die Eltern entscheiden, welche Seiten ihr Sohn oder ihre Tochter besuchen kann.**

Im März gab es dafür beim Gründerwettbewerb „Mit Multimedia erfolgreich starten“ den Hauptpreis des Bundeswirtschaftsministeriums und vom „Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten“ den Sonderpreis in der Sparte „Multimedia in Breitbandanwendungen“. Schon im November konnten sich die beiden über den ersten Preis im Wettbewerb „Pioniergeist 2008“ freuen, diese Auszeichnung wird vergeben von der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, dem Südwestrundfunk sowie den Volksbanken und Raiffeisenbanken. „Um das Internet kindersicher zu machen, braucht man in aller Regel eine sogenannte `weiße Liste´ - darauf sind alle Seiten verzeichnet, die Kinder besuchen dürfen, der Rest ist einfach gesperrt“, erläutert Sascha A. Blümel das Grundprinzip des kindersicheren Internetzuganges. Diese „weißen Listen“ werden von Institutionen erstellt und könnten von Eltern nur mit einiger Computer-Kenntnis geändert werden. „Wir wählen einen anderen Weg: Bei uns entscheiden die Eltern aktiv, welche Webseiten ihr Kind besuchen kann, wie lange es in der Woche oder am Tag im Netz unterwegs ist und zu welchen Uhrzeiten der Zugang gestattet ist – und das alles ohne große Computerkenntnisse“ sagt Sascha A. Blümel. So könnten Eltern – je nach eigener Weltsicht mal liberaler mal religiöser – den Informationsfluss des weltweiten Netzes für ihr Kind regulieren. „Das ist dringend notwendig“, erläutert Blümel – viele Eltern wüssten nicht, dass man sich schon heute beispielsweise härteste Pornofilme oder Gewalt verherrlichende Machwerke frei herunterladen kann – ihre Kids seien da entschieden besser informiert: „Solche Web-Adressen kursieren dann schon auf dem



Hans-Joachim Metternich (r.) und der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Hendrik Hering (l.) überreichen den ersten Preis an Sascha A. Blümel (2.v.l.) und Peter K. Sanner (2.v.r.) mit Tochter Viviane von der Kinkon GmbH.

Schulhof.“ Diesen Kinderschutz-Service kann man dann abonnieren, der Preis soll bei rund 5 Euro im Monat liegen – für beliebig viele Kinder, von denen jedes ein auf sein Alter zugeschnittenes Zugangsprofil erhält. Bis Herbst soll die Entwicklung abgeschlossen werden, doch Eltern, Lehrer, Kinder und Anbieter von Informationen und Dienstleistungen im Internet können sich schon jetzt anmelden und bei der Entwicklung mitmachen. „Wir wollen gemeinsam mit allen Beteiligten eine kindgerechte Umgebung im Internet sichern“ sagt Sascha A. Blümel. (tro)

[www.kinkon-gmbh.de](http://www.kinkon-gmbh.de)

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Ihr Firmenreport

Im Firmenreport des Wirtschaftsmagazins gibt die IHK Pfalz ihren Mitgliedern Gelegenheit, ihr Unternehmen kostenlos mit einem redaktionellen Beitrag vorzustellen. Interesse?

Ihre Ansprechpartnerin ist Cordula Häde, Tel. 0621 5904-1202, E-Mail: [cordula.haede@pfalz.ihk24.de](mailto:cordula.haede@pfalz.ihk24.de).



Dokument-Nr.: 12861

## Verzinktes Lochblech statt Beton

MB Mediterrane Baustoffe e.K.

**„Was wir machen ist wie Kunst am Bau.“ Manuel Bruno gerät ins Schwärmen, wenn er von den vielfältigen Möglichkeiten seines patentierten Fertigungsverfahrens spricht. Säulen, Torbögen, Pavillons, Gartentore, Sicht- und Trennmauern, Carports, ja ganze Fassadenverkleidungen ließen sich anfertigen – und alles weckt Urlaubsgefühle, weil der Stil mediterran ist. So wie in Obersülzen, wo Bruno in einem Musterhaus wohnt. Hier hat seine Firma MB Mediterrane Baustoffe e.K. ihren Sitz.**

Waren bislang aufwendige Schalungen mit viel Beton notwendig, so genügt jetzt ein ein Millimeter dünnes Lochblech. „Dieses können wir in allen erdenklichen Formen in uneingeschränkter Vielfalt herstellen“, erklärt Bruno. Die Rohlinge werden mit Kalkputz verkleidet. Der Kalk reguliert nach Brunos Worten die Feuchtigkeit und verhindert aufgrund seines hohen pH-Wertes Schimmelbildung. Da die Kunst am Bau reine Dekormaßnahmen sind, entfallen aufwendige Statikberechnungen. Außerdem ist Bruno ein Freund pragmatischer Lösungen. Müssen die Säulen zum Beispiel ein Dach tragen, kommen ins Innere einfach Sprießen, wie man sie von Rohbauten her kennt. „Die halten bis zu 2.500 Kilogramm Gewicht“, weiß Bruno aus Erfahrung. Seine Kunden sind Privatleute, die sich ihr Domizil nachträglich verschönern möchten. Da Bruno sein System per Lizenz an Baufirmen und Schlossereien veräußert, vermittelt er den nächstgelegenen Anwender seines



Mittelmeergefühle in Obersülzen: Manuel Bruno sorgt mit seinem patentierten System für Säulen und Torbögen wie in Spanien. (Foto: rs)

patentierten Systems. Auf die Gestaltungskünste des Spaniers Manuel Bruno greifen auch Unternehmen zurück, die sich kreative Unterstützung beim Ladenbau holen möchten. „Auf dem Kreuzfahrtschiff Aida-Luna haben wir einen Teil zur Innengestaltung beigetragen“, erklärt Bruno stolz. Er verhandelt derzeit mit Baumärkten, um dort einen Komplett-Service anzubieten: Verkauf vorgefertigter Säulen, Montage und Verputzarbeiten. Manuel Bruno ist Generalvertreter der Firma GrupoPuma in Deutschland. GrupoPuma ist ein Unternehmensverbund, der auf die Entwicklung und Herstellung von Baustoffen spezialisiert ist. Seit der Gründung 1982 hat sich GrupoPuma zu einem der führenden Baustoffhersteller in Spanien entwickelt, mit 20 Fabriken auf der gesamten Iberischen Halbinsel und einer Kapazität von mehr als 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr. Heute sind die Produkte und Dienstleistungen von GrupoPuma in über 40 Ländern auf allen Kontinenten zu finden. Manuel Bruno kooperiert zudem mit der Partnerfirma „Stucco Antiko“. Dieses Unternehmen sitzt in Grünstadt und vertreibt Kalkputz und Kalkfarbe aus Venedig. (rs) [www.mb-mediterrane-baustoffe.de](http://www.mb-mediterrane-baustoffe.de)

## Mit Vollgas

BTG Bubenheimer  
Transportgesellschaft mbH

**Das Transportgewerbe ist eine schwierige Branche, in der sich die BTG mit Sitz im nordpfälzischen Bubenheim seit über 40 Jahren behauptet. Im vorigen Jahr hat mit Marc und Michael Weber die zweite Generation das Steuer übernommen und will nun kräftig Gas geben.**

„Die Transportunternehmen, die in diese Krise ohne finanzielle Reserven, mit hohen Schulden und ohne ein betriebswirtschaftliches Controlling steuern, werden sie nicht überstehen“, ist Marc Weber sicher. „Wir verzichten auf Billigangebote und binden unsere Kunden durch Termin- und Liefertreue sowie die Qualität unserer Arbeit“, so der 36-Jährige, der vor seinem Einstieg in das Unternehmen im vorigen Sommer viele Jahre lang als Consultant tätig war. Ein Konzept, das sich bereits jetzt ausgezahlt hat. Seit der Gründung im Jahr 1966 durch Vater Heinrich ist das Unternehmen stetig gewachsen. Ein Großteil der Umsätze fährt das Unternehmen mit vier bis fünf großen Kunden ein, mit denen die BTG z. T. schon seit vielen Jahren zusammenarbeitet. Eine Flotte von zwölf Lkw – keiner davon älter als vier Jahre – sowie sieben Bagger- und Radlader ist der Stolz der Unternehmens, „Die neuen Fahrzeuge sind nicht nur sehr umweltfreundlich, sondern halten auch die Maut-Gebühren niedrig.“ 14 Fahrer arbeiten in Vollzeit, vier in Teilzeit für Marc und den ein Jahr jüngeren Bruder Michael Weber, einen ausgebildeten Industriemechaniker, der schon seit den neunziger Jahren im Unternehmen aktiv ist. „Über die Arbeitsteilung mussten wir nicht lange diskutieren. Michael hat den technischen Teil – die Disposition und die Betreuung des Fuhrparks übernommen. Ich bin für den kaufmännischen Bereich zuständig.“ Die Verwaltung, die gerade in ein kleines, neues Büroge-



DIE BTG-Flotte ist der Stolz des Unternehmens.

bäude eingezogen ist, hält man mit Absicht recht schlank. Neben den Brüdern sind dort nur noch vier weitere Kräfte eingesetzt, davon zwei in Teilzeit. Die BTG-Leistungspalette ruht auf drei Säulen: Das Kerngeschäft ist der Gütertransport, wobei der Schwerpunkt auf dem Transport von Schüttgut liegt, etwa Sand, Kies oder Schotter. Abgedeckt wird dabei die komplette Dienstleistungskette vom Verladen bis hin zur Lagerung auf eigenen Flächen bzw. auf Deponien. Aktiv ist die BTG seit rund einem Jahr auch in der Agrarlogistik, wofür eine besondere Zertifizierung notwendig ist – beispielsweise mit dem Transport von Futtermitteln aus dem nahe gelegenen Südzucker-Werk in Offstein. Auch Häuslebauer werden von der BTG gerne unterstützt, unter anderem beim Aushub der Baugruben. Eine noch kleine BTG-Sparte, die Marc Weber aber gerne ausbauen möchte, ist die Arbeitnehmerüberlassung. „Zur Abdeckung von Nachfragespitzen oder für Vertretungen stellen wir gerne Lkw-Fahrer oder Maschinenführer zur Verfügung.“ Auch in diesem Jahr rechnen Marc und Michael Weber mit einem leichten Umsatzwachstum. An einer Verbesserung der Rendite wird ebenfalls kräftig gearbeitet. Die BTG baut dabei auf eine optimale Auslastung ihrer Lkw. „Wir setzen in allen Fahrzeugen eine umfassende Telematik-Lösung ein, die es uns ermöglicht, neben verschiedenen Fahrzeugdaten jederzeit auch die Standorte bzw. Ankunfts- und Lenkzeiten der Lkw festzustellen. Dadurch gelingt es uns zunehmend, Leerfahrten zu vermeiden und Ladungen für die Rückfahrten zu akquirieren. So können wir unsere Leistungen günstiger anbieten und selber höhere Margen einfahren – eine klassische Win-Win-Situation“, so Marc Webers Konzept. (uc)

## BTG GmbH im Überblick

<b>Firmensitz:</b>	<b>Bubenheim</b>
<b>Geschäftsführer:</b>	<b>Marc und Michael Weber</b>
<b>Gegründet:</b>	<b>1966</b>
<b>Beschäftigte:</b>	<b>22</b>
<b>Internet:</b>	<b><a href="http://www.btg-bubenheim.com">www.btg-bubenheim.com</a></b>

## Hilfe zur Selbsthilfe

### Forum1 Unternehmensberatung

„Wir arbeiten direkt vor Ort mit dem Management und den Beschäftigten“, so beschreibt Silvia Regulla von Forum1 Unternehmensberatung ihre Strategie. „Forum1 bietet Hilfe zur Selbsthilfe für Firmen und zwar vom mittelständischen Unternehmen bis zum Konzern“, erklärt die Beraterin. „Wir sind keine klassische Unternehmensberatung, die ein Konzept erstellt und dann verschwindet. Wir stellen uns auch mal in die Fertigung, um die Probleme mit den Mitarbeitern direkt anzugehen, da von ihnen ja dann auch die Umsetzung zur Verbesserung gewährleistet werden muss.“

Das Unternehmen ist seit 2001 mit Büros in Zweibrücken und Saarbrücken vertreten. Angeboten werden innerbetriebliche Prozessoptimierung (Rentabilitätsuntersuchung, Hilfe bei Sanierung, Verbesserung der Ertragssituation) Strategieberatung und Organisationsentwicklung. Außer Steuer- und Rechtsberatung deckt Forum1 das ganze Spektrum der Unternehmensberatung ab. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung von Unternehmen, die strukturelle Veränderungen vornehmen wollen und der gesamte Bereich der Personalentwicklung. Dazu kommt ein breites Angebot an Schulungen beispielsweise in den Bereichen Führungskräfte-Training, Vertrieb, Zeit- oder Projektmanagement. Gemeinsam mit der IHK in Pirmasens wird ab April auch ein Unternehmersprechtag mit den Schwerpunkten „Strategie- und Prozessoptimierung“ angeboten. „Wir wollen Unternehmen und qualifizierte Arbeitnehmer professionell und umfassend beraten“ erläutert Silvia Regulla, die bis 2000 im Vorstand eines internationalen Konzerns tätig war. „Unsere Berater haben das praktische Hintergrundwissen für verschiedene Bereiche, sie haben alle eine langjährige Berufserfahrung, die ergänzt wird durch eine akademische Ausbildung.“ Bei



Silvia Regulla unterstützt Unternehmen mit „Hilfe zur Selbsthilfe“.

### ■ Forum1 im Überblick

Niederlassungen:	Zweibrücken, Saarbrücken
Gegründet:	2001
Geschäftsführerin:	Silvia Regulla
Beschäftigte:	4, plus Kooperationen mit verschiedenen Beratern
Internet:	<a href="http://www.forum1-consulting.de">www.forum1-consulting.de</a>

der Beratung seien die Ziele des Kunden das Maß aller Dinge. Vorrangig prüfe man, wie das Unternehmen durch optimale Nutzung der eigenen Mittel diese erreichen können. „Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wichtiger Baustein bei der Kostenkontrolle in unseren Beratungsprojekten“, sagt Regulla. In einem eigens dafür konzipierten Bereich werden seit 2008 ausländische Unternehmen beraten, die in der Bundesrepublik ein Unternehmen gründen wollen. Ein Spezialgebiet ist hierbei auch die Herstellung von Wirtschaftskontakten nach Südafrika und Russland und der Know-How-Transfer in Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen. Bisher betreuen die Berater nationale und internationale Kunden verschiedenster Branchen. Ziel für das laufende Geschäftsjahr ist eine Intensivierung der regionalen Netzwerke mit den Unternehmen vor Ort. (tro)

## Catering und Gebäudedienste für Firmenkunden

### DSG Service GmbH

**Vor rund 13 Jahren startete der westfälische Dienstleister als Gebäudereiniger, zwei Jahre später fragte ein Kunde nach, ob man nicht mal schnell fünfzig belegte Brötchen fürs Frühstück liefern könne. Heute ist Catering – also die Lieferung von Speisen und Getränken an Kunden – das Hauptgeschäft mit Betriebsverpflegung als Schwerpunkt.**

Das Unternehmen hat Großküchen in Italien und Deutschland, dazu kommen über Tochterfirmen ein Bistro in Deutschland, zwei Restaurants in Rumänien und ein Hotel in Polen. Über die unter dem Namen „Full System“ firmierende IT-Abteilung ist man seit drei Jahren im Dienstleistungsgeschäft mit Computern und Netzwerken vertreten. Für die Verpflegung von Kunden ist die 100-prozentige Tochterfirma DSG Catering GmbH zuständig. Sie bestückt Automaten (das sogenannte Vending), liefert Essen an Unternehmen (Business Catering), Schulen, oder Senioren (Care Catering). Um Feiern, Feste und Veranstaltungen kümmert sich die DSG Catering GmbH beim sogenannten Event Catering. „Ob Verpflegung der Bühnenkünstler oder Großereignisse wie der Memorialday für die Berliner Luftbrücke – wir haben Erfahrung mit Ereignissen jeder Größenordnung, von fünf bis zehntausend Personen“ sagt Jan-Philipp Hildebrand von der DSG. In Deutschland versorge man vor allen Dingen Kunden im Süden, im Ausland sei das Unternehmen



Mit Catering für Events jeder Größenordnung punktet die Kaiserslauterer DSG Service GmbH nicht nur in Deutschland.

direkt oder durch Tochtergesellschaften in Italien, Rumänien, Bulgarien und Polen vertreten. Breit ist das Angebot auch im Bereich Gebäude-Dienstleistungen (Facility-Management): Unterhaltsreinigung, Teppichreinigung, Bauendreinigung, Industrie- und Maschinenreinigung gehören ebenso dazu wie Hausmeisterdienste oder die Pflege der Außenanlagen. Auf Wunsch übernimmt die DSG auch die komplette Verwaltung einer Immobilie. Ein neuer Geschäftszweig sind IT-Dienstleistungen, die unter dem Markenzeichen „Full System“ angeboten werden. Dieser Zweig hat seinen Sitz im Technopark 2 in Siegelbach. Hier werden vor allen Dingen digitale Dokumentenarchivierung und Netzwerkbetreuung für Firmen angeboten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 wurde das angestrebte Umsatzziel von einer halben Million Euro in diesem Segment erreicht, nun will man über die DSG-Filialen in Rumänien, Polen und Bulgarien auch dort im IT-Bereich tätig werden. (tro)

## Zuversichtlicher Blick in die Zukunft

Wasgau Produktions & Handels AG

**Wasgau Produktions- & Handels AG in Pirmasens blickt relativ zuversichtlich in die Zukunft und geht davon aus, ihre Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr 2009 leicht über Vorjahr entwickeln zu können. Das erklärte der Vorstandsvorsitzende Alois Kettern auf der Bilanz-Presskonferenz zum abgelaufenen Geschäftsjahr 2008.**



Die Wasgau-Vorstände Alois Kettern, Dr. Eugen Heim und Wolfgang Dausend (v.l.n.r.) blicken gut gelaunt in die Zukunft.

Die Kennzahlen im Konzernverbund seien 2008 im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert und die Planziele erreicht worden, teilte die westpfälzische Handelsfirma mit. Der Umsatz im abgelaufenen Wirtschaftsjahr war demnach mit 499,3 Millionen Euro um 0,5 Prozent höher als im Vorjahr (496,9 Millionen Euro). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erhöhte sich mit 4,8 Millionen Euro um 0,9 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss im Konzern stieg gegenüber dem Vorjahr von 2,7 Millionen Euro auf 2,8 Millionen

### DSG Service im Überblick

Gegründet:	1996
Geschäftsführer:	Michael Kobicke
Firmensitz:	Kaiserslautern
Mitarbeiter:	400, 17 Auszubildende
Umsatz (2008):	rund 11 Millionen Euro
Internet:	www.dsgmbh.com

Euro. Zum 31.12.2008 waren 4.143 (Vorjahr 4.179) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt beschäftigt der Konzern 229 Auszubildende und bereitet diese auf ihre berufliche Zukunft vor. Die Ausbildungsquote beträgt 5,5 %, die WASGAU werde damit ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung als wichtiger Arbeitgeber in der Region gerecht, unterstrich der Vorstand. Der Personalaufwand einschließlich Sozialaufwendungen im Konzern im Jahr 2008 lag bei 83,4 Millionen Euro (2007: 83,3 Millionen Euro). Die Wasgau AG setze auch weiter auf Qualität, so Kettern, Schwerpunkt seien hier Backwaren, Fleisch und Wurst, Obst und Gemüse, Wein und Bio-Produkte. Geplant sind im Jahr 2009 zwei Neueröffnungen und bauliche Erneuerungen an bereits etablierten Standorten. Außerdem will man das Angebot im Bereich Imbiss und Cafes beständig erweitern. (tro)  
[www.wasgau-ag.de](http://www.wasgau-ag.de)

## Geburtstagsfeier im neuen Domizil

WJW Water Jet  
 Wasserstrahlschneide GmbH

**Gerade rechtzeitig zum 10. Geburtstag des Unternehmens wurde es fertig – das neue Gebäude der WJW Water Jet Wasserstrahlschneide GmbH im Neustadter Gewerbegebiet Altneschemel. Rund 2 Millionen Euro investierte Konrad Andres, Geschäftsführer und Inhaber des Lohnschneidebetriebs, in die neuen großzügigen Räumlichkeiten.**

Zufrieden ist der Wirtschaftsingenieur vor allem mit der neuen Werkshalle, die mit 3.000 qm doppelt so groß ist wie am vorherigen Standort im Neustadter Industriegebiet Nachtweide. Hier finden die sechs Produktions-Maschinen ausreichend Platz und



Im neuen Domizil (Grafik) werden die Kunden von WJW rundum bestens betreut.

### WJW im Überblick

<b>Firmensitz:</b>	<b>Neustadt an der Weinstraße</b>
<b>Geschäftsführer:</b>	<b>Konrad Andres</b>
<b>Beschäftigte:</b>	<b>13</b>
<b>Auszubildende:</b>	<b>1 (im Ausbildungsverbund mit der BASF)</b>
<b>Umsatz:</b>	<b>3 Millionen Euro</b>
<b>Internet:</b>	<b><a href="http://www.wjw.de">www.wjw.de</a></b>

auch für eine weitere Expansion gibt es noch „Reserven.“ Den bereits fest eingeplanten Kauf einer neuen Anlage hat Andres als vorsichtiger Kaufmann jedoch erst einmal zurückgestellt. „Bei der momentanen konjunkturellen Entwicklung heißt es abwarten“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise rechnet er mit einem stagnierenden Umsatz von 3 Millionen Euro, für ihn eine ungewohnte Situation – wies die Bilanz in den letzten Jahren doch immer Steigerungen in einer Größenordnung von 15 bis 20 Prozent auf. „Ein Vorteil für uns ist, dass wir ausgesprochen breit aufgestellt sind und unsere Kunden aus vielen verschiedenen Branchen kommen“, so Andres. Die Flugzeug- und Raumfahrtindustrie nimmt seine Dienste genauso in Anspruch wie der Maschinenbau, aber auch Handwerksbetriebe, der Wohn- und Industriebau und die Fahrzeug- und Zulieferindustrie. „Im Airbus A 380 finden sich ebenso von uns bearbeitete Teile wie im Pistenbully von Kässbohrer oder auch in Rennwagen.“ Als der Unternehmer vor 10 Jahren im Alter von 33 Jahren mit einer einzigen 2-D-Anlage ins Geschäft einstieg, war das Schneiden per Wasserstrahl noch eine fast unbekannte Technologie – und Andres ein Pionier. „Damals musste man die Vorzüge dieses Verfahrens noch erklären, das ist heute Vergangenheit.“ 4.000 bar Wasserdruck erzeugen die Pumpen in der WJW-Werkshalle und versetzen so die angeschlossenen Maschinen in die Lage, einen Wasserstrahl von knapp einem Millimeter Durchmesser zu erzeugen, der praktisch alles zerschneiden kann von Aluminium über Titan und Kupfer bis zu Gummi, Schaumstoff und Papier. Manches wird mit Wasser pur durchtrennt, für härteres Material wird Granatsand beigemischt. „Unsere Technologie wird besonders bei dickeren Materialien eingesetzt“, so der Ingenieur. Im Gegensatz zu thermischen Verfahren gebe es keine Verhärtungen und Gefügeveränderungen an den Schnittkanten, und auch hoher Werkzeugverschleiß und Materialverlust wie beim Fräsen sei hier kein Thema. Hauptsächlich Vorprodukte entstehen bei WJW. Hergestellt werden nach genauen Vorgaben vor allem Kleinserien, Vorserien und Prototypen. „Größenordnungen, bei denen sich für die Auftraggeber keine eigene Anlage rechnet.“ 14 Mitarbeiter beschäftigt der Unternehmer. Gefahren wird ein Zwei-Schicht-System. Bei Bedarf können die Maschinen auch rund um die Uhr laufen – eine Option, die im Wirtschaftsboom der letzten Jahre häufiger genutzt wurde. „80 Prozent unseres Umsatzes erzielen wir mit Stammkunden“, ist Andres jedoch trotz Krise optimistisch für die Zukunft seines Unternehmens. „Gute Qualität und Termintreue zahlen sich hier aus.“ (uc)





Dr. Werner Langen, CDU



Jutta Steinruck, SPD

Björn Hayer,  
Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Creutzmann, FDP



Sascha Wagener, Die Linke

## IHK-Wahlprüfsteine zur Europawahl 2009

### Dr. Werner Langen, CDU

Nach Stand April 2009 ist davon auszugehen, dass der Vertrag von Lissabon trotz aller Probleme am 01. Januar 2010 in Kraft treten kann. Es fehlen zur Zeit noch 4 der 27 Mitgliedsstaaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben, dazu gehört Deutschland. Der Bundespräsident Prof. Köhler wird nach meinen Informationen die Ratifizierungsurkunde unterzeichnen können, wenn das Bundesverfassungsgericht wie erwartet grundsätzlich grünes Licht zum Lissaboner Reformvertrag gibt.

Dieser Vertrag ist notwendig, um die Entscheidungsstrukturen an das Europa der 27 Mitgliedsstaaten anzupassen, mehr Transparenz, Kompetenzabgrenzung, Rechte für das Europäische Parlament und eine klare verbesserte Einflussmöglichkeit für die nationalen Parlamente im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung zu ermöglichen. Durch die Einführung einer doppelten Mehrheit werden demokratische Elemente gestärkt, weil die Bevölkerungszahl für die künftigen Entscheidungen im Ministerrat stärker gewichtet wird.

Das Ergebnis der Umfrage verwundert mich nicht, da in Deutschland alle bürokratischen Auswüchse in die Verantwortung der EU „abgeladen“ werden. Ich bin davon überzeugt, dass der Großteil der von den rheinland-pfälzischen Unternehmen beanstandeten Bürokratie ihren Ursprung in deutscher Übergründlichkeit, Regelungsperfektionismus und möglichst weitgehender Auflassung auf europäische Richtlinien hat.

In der EU sollen durch die Reduzierung von Berichtspflichten, Auflagen und Anforderungen an KMUs die Bürokratiekosten um 25 % gesenkt werden, was Erleichterungen für die gesamte europäische Wirtschaft von 150 Mrd. Euro bedeuten könnte. Ein Musterbeispiel ist die Abschaffung der Qualitätsnorm „Krümmungswinkel der Gurke“. Diese von Sachverständigenausschüssen eingeführte Qualitätsnorm ist mit weiteren 27 anderen Regelungen ab-

### Jutta Steinruck, SPD

Ich sehe zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages keine Alternative. Gerade die innenpolitischen Schwierigkeiten in Tschechien zeigen, wie anfällig das gegenwärtige System der wechselnden Ratspräsidentenschaften ist. Allerdings bin ich zuversichtlich, dass es in den nächsten Monaten gelingen wird, auch in Tschechien den Vertrag zu ratifizieren, denn dort ist die Bevölkerung mehrheitlich für den Vertrag. Es war richtig, dass die 27 Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen im Dezember 2008 eine ganze Reihe von Veränderungen vorgenommen haben, die den Anliegen Irlands Rechnung tragen. So wird es in diesem Jahr eine neue Abstimmung geben. Der Vertrag verbessert die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU unter anderem durch eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zu den Nationalstaaten, durch die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat und die Stärkung des Europäischen Parlaments, das dann wirklich im Regelfall mitentscheiden kann und den Kommissionspräsidenten wählen wird.

Unter Bürokratieabbau verstehe ich die Prüfung aller künftigen Vorhaben und Regelungen unter der konsequenten Umsetzung des Prinzips: „So wenig wie möglich, so viel wie nötig“. Gerne bin ich darüber hinaus Ansprechpartner für konkrete Vorschläge zum Abbau von unnötigen Regelungen. Das Stichwort Bürokratieabbau steht nämlich für zwei Seiten einer Medaille: Einerseits wünscht sich niemand auch nur einen Verfahrensschritt oder ein Gesetz zu viel, andererseits muss ein wirksamer Schutz sozialer und ökologischer Standards gewährleistet sein. Da ich den Unternehmer, den Arbeitnehmer und den Verbraucher gleichermaßen im Blick haben werde, bin ich mir auch darüber im Klaren, dass wir ein geeignetes Maß an Regelungen zur Sicherheit aller Akteure auf den Märkten brauchen. Es geht meiner Ansicht nach gerade auch um die Qualität der Gesetzgebung und da kann ich mir

**Björn Hayer, Bündnis 90/Die Grünen**

Ich denke, die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages stellt für das Fortbestehen der EU eine unabdingbare Notwendigkeit dar. Im Moment sind die Folgen der Krisen, kaum absehbar, weswegen es eines zuverlässigen, handlungsfähigen Akteurs bedarf. Der Grundstein dafür liegt im Lissabonner Vertrag. Ich bin sicher: er wird kommen. Vielmehr: er muss kommen!

Wir sehen derzeit, dass eine unsinnige Rationalisierung der Probleme stattfindet, wohingegen die eigentliche Krise transnationalen Charakter hat. Was hier schlicht fehlt, ist sowohl seitens der Regierungen als auch der Bevölkerung Vertrauen. Sie stellen die Frage nach der Handlungsfähigkeit: Doch dies entsteht nur über Vertrauen. Und Vertrauen manifestiert sich in der Bereitschaft, Befugnisse aus Gründen der Rationalität abzutreten und zu erkennen, dass wir die Krisen nicht mehr allein lösen können. Wir brauchen die Flexibilitätsklausel, die es der Union ermöglicht, rasche und adäquate Handlungsoptionen zu nutzen. Wir brauchen ein Parlament, das mit einer geeigneten Kontrolle und Gesetzgebungsfunktion ausgestattet ist. Und wir brauchen Absprachen, die klären, wer macht was und wer ist wann zuständig. Nur so entsteht Entscheidungspotenz und der Mut, gezielt Entschlüsse zu fassen.

*In einer jüngst durchgeführten Umfrage der rheinland-pfälzischen IHKs geben über 80 % der befragten Unternehmen den Maßnahmen der EU zum Bürokratieabbau schlechte Noten. Wie kann Ihrer Meinung nach der Bürokratieabbau in der EU vorangetrieben werden?*

Das ist nicht ganz einfach. Denn jedes Gesetz zum Bürokratieabbau zieht oft zwei Gesetze dafür nach sich. Auf jeden Fall könnte die Situation der Unternehmer sich verbessern, indem ein Harmonisierungsprozess in Bezug auf die Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten vollzogen werden würde. Dadurch entstünde

**Jürgen Creutzmann, FDP**

*Wie schätzen Sie – nach dem bisherigen Scheitern – die Erfolgsaussichten einer Ratifizierung des Reformvertrages von Lissabon ein? Kann sich dadurch überhaupt noch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU verbessern?*

Ich bin zuversichtlich, dass der Reformvertrag in nächster Zeit von allen Staaten ratifiziert wird, weil ein Scheitern der EU schweren Schaden zufügen würde. Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit würde durch die vorgesehene Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat auf ca. 40 weitere Zuständigkeitsfelder erreicht werden. Darüber hinaus sieht der Vertrag eine klarere Unterscheidung und Sortierung der europäischen Zuständigkeiten vor. Die EU braucht mehr Entscheidungsfähigkeit, um beispielsweise die zum Funktionieren des europäischen Binnenmarkts erforderliche Wettbewerbspolitik weiterzuentwickeln. Notfalls befürwortet die FDP eine Politik der zwei Geschwindigkeiten, die sich bereits in der Vergangenheit bewährt hat. Als Beispiele dafür gilt das Schengener Abkommen (Beseitigung von Personengrenzkontrollen) sowie die Einführung des Euro.

Der größte Beitrag zum Bürokratieabbau besteht darin, dass die EU Europa nicht mit Richtlinien und Verordnungen überzieht. Wir wollen ein Europa, das sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und nicht alles reguliert. Hiervon profitieren besonders der Mittelstand, Selbstständige und Freie Berufe. Als Rückgrat unserer Gesellschaft müssen sie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und nicht durch komplizierte und überflüssige Regeln belastet werden. Denn nicht alles, was von Europa kommt, nützt dem Bürger. So hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das auf einer EU-Richtlinie basierte, der deutschen Wirtschaft geschätzte Kosten

**Sascha Wagener, Die Linke**

Nach dem irischen NEIN ist der Lissabon-Vertrag eigentlich bereits gescheitert. Gäbe es auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten Volksabstimmungen, hätte der Vertrag vermutlich keine Chance, ratifiziert zu werden. Ob ein zweites Referendum in Irland ein anderes Ergebnis zeitigen wird, ist gegenwärtig kaum zu prognostizieren. Wir fordern, dass künftig auch in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger direkt gefragt werden, ob sie wesentlichen Veränderungen der Vertragsgrundlage der Europäischen Union zustimmen. Darüber hinaus lehnen wir den Vertrag aus inhaltlichen Gründen ab. Mit dem Lissabon-Vertrag wurde erneut eine Gelegenheit verpasst, die Europäische Union auf eine friedensorientierte Außenpolitik zu verpflichten. Der Lissabon-Vertrag räumt auch nicht mit Demokratiedefiziten auf. Die Regierungen reisen weiter zu ihren Gipfeltreffen und ergreifen dort die gesetzgeberische Verantwortung, die in ihren eigenen Ländern den Parlamenten vorbehalten ist. Die LINKE erkennt zwar an, dass der Lissabon-Vertrag die Rechte des Europäischen Parlaments stärkt, das grundsätzliche Problem der Gewaltenteilung jedoch nicht behebt. Damit entfremdet sich die Europäische Union weiter von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Verantwortunglos ist nicht zuletzt, dass mit dem Lissabon-Vertrag ein mittlerweile gescheitertes Liberalisierungsmodell festgeschrieben werden soll.

Der Abbau von Bürokratie ist für jede Demokratie von großer Bedeutung. Daher unterstützen wir die EU-Kommission, soweit sie Richtlinien und Vorgaben zur Beantragung von EU-Fördergeldern vereinfacht. Ebenso ist es richtig, dass Gesetzesvorhaben, die bereits im Vorfeld als unsinnig zu erkennen sind, zurückgezogen wurden. Ein wichtiges, die Bürokratie von vornherein begrenzendes Instrument ist für die LINKE das Subsidiaritätsprinzip, dem auch die EU unterliegt. Denn das Wissen vor Ort ist ein wertvoller Rohstoff für kluge und unbürokratische Entscheidungen. Die Menschen in Städten und Gemeinden müssen ihre unmittelbare Le-

## Mehr als belgisches Bier und Pralinen

**Aus Brüssel kommen nicht nur viele kulinarische Köstlichkeiten, sondern inzwischen auch über 80 % der wirtschaftsrelevanten Gesetzgebung. So beeinflusst die Politik der Europäischen Union in vielerlei Hinsicht die Arbeit der Unternehmen. Neben Gesetzen und Verordnungen aus Brüssel, die die Tätigkeit der Wirtschaft direkt regeln, wirken sich beispielsweise auch erhöhte bürokratische Anforderungen wie Informations- und Dokumentationspflichten zumindest mittelbar auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen aus.**

Ein guter Grund, in den nächsten Wochen neben den belgischen Leckereien auch die Wahlprogramme der Parteien zu „genießen“ und sich an der Europawahl am 7. Juni zu beteiligen. Die IHK Pfalz stellt Ihnen in der vorliegenden Ausgabe des *Wirtschaftsmagazins* die Spitzenkandidaten der fünf großen Parteien aus Rheinland-Pfalz vor. „Diese Wahlprüfsteine haben wir aufgestellt, um klar zu machen, welches Programm die Parteien im Europäischen Parlament umsetzen möchten. Damit wollen wir Transparenz für den anstehenden Urnengang schaffen“, so Ruth Scherer von der IHK Pfalz. Gleichzeitig spiegeln die IHKs den neuen Abgeordneten die Wünsche und Nöte rheinland-pfälzischer Betriebe zurück. „2.000 Unternehmer benoteten die EU-Politik der letzten Jahre und priorisierten die Projekte für die nächste Legislaturperiode“, erklärt Dr. Tibor Müller von der IHK Pfalz. (vgl. Kasten auf S. 30)

Das wichtigste Signal der rheinland-pfälzischen Wirtschaft lautet: Bürokratieabbau vorantreiben! Die Betriebe kritisieren die überbordende Bürokratie, die inzwischen zu einem großen Teil durch die europäische Gesetzgebung verursacht wird. „Berichtspflichten, Genehmigungsverfahren für neue Produkte und Dienstleistungen, vieles davon geht viel zu weit, ist viel zu aufwändig und hemmend für die Unternehmen“, sagen übereinstimmend Ruth Scherer und Dr. Tibor Müller. Mit einer „4 minus“ spiegelt sich hier die in den letzten Jahren ständig gestiegene Belastung der

Dr. Werner Langen, CDU

geschafft worden. Während bis dahin der Handel, insbesondere aus Transportkostengründen, für die Beibehaltung der Norm war, hat nach der Abschaffung der Deutsche Bauernverband protestiert, weil er niedrigere Qualitätsstandards und damit sinkende Preise befürchtet.

Die Überwindung der globalen Finanzmarktkrise steht derzeit im Vordergrund. Die EU hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes zu stärken. Dazu gehören die Liberalisierung früher überwiegend in staatlicher Regie betriebener Bereiche, die Vereinheitlichung des Wirtschafts- und Umweltrechtes und die Einführung der gemeinsamen Währung, „dem Euro“. Die Liberalisierung ist immer verbunden worden mit Mindestauflagen, dem sog. Universaldienst, damit alle Bürger einen gerechten und flächendeckenden Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erhalten und Unternehmen sich mittels Ausschreibungen und fairen Wettbewerbsregeln daran beteiligen.

Deutschland ist gut gerüstet für den internationalen Wettbewerb, unsere Exportstärke ist seit vielen Jahren beispielhaft. Am Ende der Krise wird Deutschland durch die Modernisierung seiner Wirtschaft, durch seine hohe internationale Verflechtung und seine Leistungsfähigkeit im Europäischen Binnenmarkt, durch Fachkräfte und Ingenieurwissen zu den Gewinnern der Globalisierung gehören.

Betriebe durch neue Richtlinien und Verordnungen wider, wie beispielsweise durch die komplexen Regelungen zum Verbraucherschutz oder die Antidiskriminierungsrichtlinien. „So erwarten die Unternehmen nicht nur auf bundes- und landesweiter Ebene verstärkte Anstrengungen zur Reduzierung der bürokratischen

Jutta Steinruck, SPD

Fortschritte in Zukunft vorstellen. Ich halte wenig davon, wenn in der Kommission diejenigen, die die Gesetzesvorlagen erarbeiten auch für das „impact assessment“, d.h. für die Analyse der Folgewirkungen, alleine zuständig sind.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union steht für mich ganz klar im Zeichen der Lissabon-Strategie. Mit dem Ziel, Europa zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln, ist die Grundlage für unsere Antwort auf den Standortwettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen umrissen. Wir wollen und können nicht über niedrigere Löhne oder schlechte soziale Standards mit anderen Wirtschaftsräumen konkurrieren. Vielmehr liegt unsere Chance in innovativen Technologien, qualitativ hochwertiger Arbeit und dem Wissen der Menschen. Daher wollen wir die Investitionen in Qualifikation, Bildung und Forschung deutlich erhöhen. Der freie Wissensverkehr muss dringend zur fünften Freiheit im europäischen Binnenmarkt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Förderung in einzelnen Regionen ein. Da sehe ich bei uns selbst im Land noch Verbesserungsmöglichkeiten, denn die Vorgaben der EU legen uns da keine Fesseln an. So könnte eine Wirtschaftsregion wie die Metropolregion Rhein-Neckar von länderübergreifenden Programmen im Rahmen der europäischen Strukturfonds deutlich profitieren. Hemmnisse wie diese müssen in der EU künftig abgebaut werden, Förderprogramme müssen passgenau auf die Bedürfnisse zugeschnitten sein.

Lasten, sondern sehen auch die EU in der Pflicht, Maßnahmen zur Deregulierung deutlich voranzutreiben.“, sagt Ruth Scherer.

„Europa erhält aber auch Beifall von den Betrieben“, ergänzt Müller. Insbesondere die Einführung des Euro als einheitliche

**Björn Hayer, Bündnis 90/Die Grünen**

vor allem Transparenz. Auch sollte es in einigen Bereichen ein entschiedenes Umdenken von Regulierungswut zu Mindeststandards geben. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass ein Großteil der Bürokratie hausgemacht ist. Denn Untersuchungen zufolge ist die Verwaltungskapazität der gesamten EU etwa mit dem Verwaltungsvolumen einer Stadt in der Größe Münchens gleichzusetzen.

*Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU hat aus Sicht der Betriebe – im Hinblick auf den Standortwettbewerb mit großen Wirtschaftsräumen wie China und den USA – eine hohe Priorität. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieses Ziel erreichen?*

Wettbewerbsfähigkeit ist in Zeiten der Umbrüche immer das richtige Stichwort. Der primäre Standortvorteil war in der EU immer schon mit Köpfen und Kreativität verbunden. Ich glaube, wir müssen künftig auf die richtigen Technologien setzen, um weltweit agil zu bleiben. D.h. weg von der Kohle hin zu erneuerbaren Energien. Weg von den Spritschluckern zu Energiesparautos. Wir können hier die Führung übernehmen.

Durch Konversions- und Umschulungsmaßnahmen können viele Arbeitskräfte aus veralteten Technologien in zukunftsweisende Branchen verlagert werden. Mehr als 1 Mio Arbeitsplätze sind bereits im Sektor der erneuerbaren Energien angesiedelt. Tendenz steigend! Konkret fordere ich auch, die Betriebe, die umstellen wollen, seitens der EU mit erheblichen Mitteln zu unterstützen. Darin liegt das Potenzial von morgen!

und stabile Währung und die Anstrengungen zur Vollendung des Binnenmarktes loben die Unternehmer. Die EU dürfe sich jetzt jedoch nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Denn insbesondere die Einhaltung der Stabilitätskriterien müsse auch in Zeiten der Finanzmarktkrise im Auge behalten werden. Im Mittelpunkt der nächsten

**Jürgen Creutzmann, FDP**

von jährlich 1,7 Mrd. Euro aufgebürdet. Die FDP fordert, Europäische Gesetze, wo sinnvoll, mit einem Verfallsdatum zu versehen – und die mit einem Gesetz verbundenen Kosten müssen klar berechnet und die Zahl der Mitteilungs- und Berichtspflichten reduziert werden.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie kann nur dadurch erreicht werden, dass die EU keine Richtlinien und Vorschriften verabschiedet, die die Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Ein Beispiel ist die Chemikalienverordnung REACH, die zu enormen zusätzlichen Registrierungs- und Bürokratiekosten geführt hat. Der geplante Emissionshandel darf nicht dazu führen, dass deutsche Unternehmen ihre Produktion nach Asien verlagern und dies zu einer De-Industrialisierung bei uns führt. Wir müssen neue Kraftwerke mit hoher Energieeffizienz bauen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern, um preisgünstigen Strom für die Wirtschaft bereitzustellen. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen ist die Innovationskraft von entscheidender Bedeutung. Deshalb fordert die FDP eine Umschichtung der Ausgaben in der EU in Bereiche, in denen ein echter europäischer Mehrwert erzielt werden kann, wie bspw. in Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien und grenzüberschreitende Bildung.

Legislaturperiode sollte eine mittelstandsfreundliche Europapolitik stehen, fordert Ruth Scherer. Dieses Ziel könne jedoch nur erreicht werden, wenn sich Politik und Wirtschaft eng abstimmen. Die IHK-Umfrage zeigt jedoch, dass 65 % der befragten Unternehmer zwar die rheinland-pfälzischen Mitglieder des EU-Parlaments ken-

**Sascha Wagener, Die Linke**

bensumwelt selbstständig gestalten können. Kompetenzen sollen so verteilt sein, dass die politische Selbstverwaltung vor Ort und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden.

Die EU-Kommission setzt auf die Liberalisierung von Märkten als angeblich entscheidendes Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Tatsächlich aber dominieren in vielen Branchen vier bis fünf Großanbieter, die den europäischen Markt unter sich aufteilen. Die Folge dieser Konzentration sind steigende Preise für die Verbraucher. Gleichzeitig verschärft sich der Konkurrenzdruck für kleine und mittlere Unternehmen, die als Zulieferer oder Abnehmer dem Diktat der Großkonzerne oft hilflos ausgeliefert sind. Angesichts des Scheiterns des US-Wirtschaftsmodells sollte die EU endlich aufhören, diesem falschen Vorbild hinterher zu laufen. Viel sinnvoller ist es, sich an der Leistungsfähigkeit Skandinaviens zu orientieren. Das bedeutet für die gesamte EU: mehr öffentliche Investitionen, erhebliche Stärkung von Bildung und Forschung, gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Hohe Sozial-, Lohn- und Umweltstandards sind notwendig, um den anstehenden ökologischen Wandel der gesamten Wirtschaft zu meistern und zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können.

nen, aber nur 25 % dieser Firmenvertreter auch im Kontakt mit diesen stehen. Unternehmen und EU-Abgeordnete seien deshalb gleichermaßen aufgerufen, den Meinungsaustausch in der nächsten Legislaturperiode zu intensivieren, ergänzt Tibor Müller. Die IHK Pfalz bietet diesem Austausch gerne eine Plattform. (red)

## EUROPAWAHL

Prioritäten für die nächste Legislaturperiode – aus Sicht der Unternehmensbefragung:

1. Bürokratieabbau voranbringen (57 % der Unternehmen)
2. Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte erhöhen - wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen (39 %)
3. Einhaltung des Euro-Stabilitätspakts sichern (29 %)
4. Vollzug der EU-Regelwerke in den Mitgliedstaaten weiter vereinheitlichen, um Wettbewerbsverzerrungen für Unternehmen zu vermeiden (27 %)

Infos zur kompletten Studie bei:

Dr. Tibor Müller, Tel. 0621 5904-1600  
Ruth Scherer, Tel. 0621 5904-1510



Hans-Peter Wandt (l.), Toyotas Top-Hybrid-Experte, vermittelte den Teilnehmern der IHK-Tischrunde Pirmasens, Zweibrücken, Südwestpfalz und Andreas Knüpfer (M.) Interessantes zu Entwicklung und aktuellem Stand der Hybrid Technologie. Eine Hybrid-Ausstellung mit PRIUS Fahrtmöglichkeit bei Gastgeber Patrick Duymel (r.), Chef des Autohauses Stoltmann in Zweibrücken, veranschaulichte zudem die ressourcen- und umweltschonende Technologie. [www.pfalz.ihk24.de/ps](http://www.pfalz.ihk24.de/ps).

## Neue Verbrauchermesse in LU

2. – 4. Oktober

Die Tageszeitung „DIE RHEINPFALZ“ veranstaltet vom 2. bis 4. Oktober in Ludwigshafen erstmalig eine allgemeine Verbrauchermesse, die „Erlebnisswelt Rheinland-Card“.

Das besondere der Messe seien die Aussteller, so die Veranstalter. Alle vertreten

den Unternehmen seien Rheinland-Card-Partner und stünden damit für regionale Verbundenheit. Sie richtet sich jedoch an alle interessierten Besucherinnen und Besucher. Die Messe in der Friedrich-Ebert-Halle gibt einen umfangreichen Überblick zu unterschiedlichen Angeboten aus den Themenbereichen Gesundheit und Wohlbefinden, Freizeit u. v. m. Im Mittelpunkt stehen Waren und Dienstleistungen für die ganze Familie. Zahlreiche Fachvorträge und Vorführungen versorgen die Besucher mit umfassenden Informationen rund um die

Themen Medizin, Ernährung und Umwelt. Aktuelle Marktneuheiten aus den Bereichen Haushalt, Möbel, Haus und Garten erwarten die Besucherinnen und Besucher an den Ständen bekannter regionaler Hersteller und Anbieter.

[www.rheinpfalz.de/erlebnisswelt](http://www.rheinpfalz.de/erlebnisswelt)

## EXPO Pfalz

11. – 14. Juni

Neue branchenübergreifende Event- + Verkaufsausstellung für Kaiserslautern und die Pfalz

Neben Schwerpunktthemen wie Bauen und Renovieren, Energietechnik rund ums Haus, Garten-Träume, Genusswelt, Auto, Oldtimer & Caravaning, Ausbildung & Existenzgründung gibt es speziell für die Zielgruppe ab 50 eine Sonderthemen-Ausstellung „taff ab 50 – Die Lust am Leben“.

Weitere Infos rund um die neue Messe im Internet [www.messe-pirmasens.de](http://www.messe-pirmasens.de) (Messen 2009).

[www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de)

### Verbraucherpreisindex

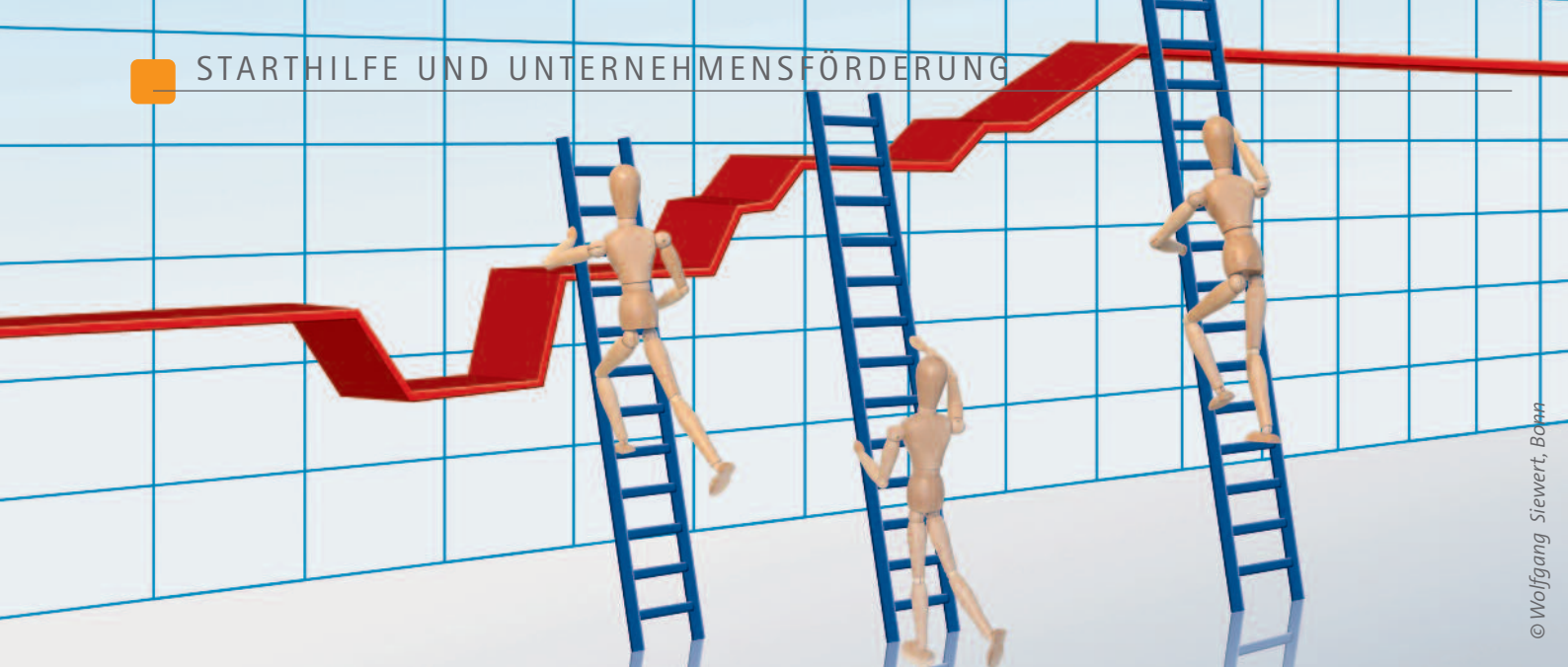


Dokument-Nr.: 2835

Verbraucherpreisindex für Deutschland  
(Basis 2005 = 100)

Jahr / Monat				Veränderungen in %	
2008	2009			März 09	März 09
März	Januar	Februar	März	Februar 09	März 08
106,3	106,3	106,9	106,8	-0,1	0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland




# Auf den Prüfstand gestellt!


## Wirtschaftspolitische Instrumente zur Krisenbewältigung

**In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellt sich die Frage nach Notwendigkeit und Grenzen staatlicher Aktivitäten in der Wirtschaft. Die IHK-Organisation plädiert für die Einhaltung klarer ordnungspolitischer Grundsätze. Zur besseren Orientierung in der Krise prüft und bewertet sie für die Unternehmen aktuelle wirtschaftspolitische Fragen.**

### Konsolidierung nach der Krise wieder aufnehmen!

Staatliche Rettungsschirme und Konjunkturprogramme helfen der Wirtschaft, die Krise zu überwinden. Anschließend muss sich der Staat aber wieder zurückziehen und die hohe Neuverschuldung reduzieren. Unverzichtbar ist ein transparenter Konsolidierungsplan, der notwendige Ausgaben des Staates mit den laufenden Einnahmen in Deckung bringt. Nur so lässt sich die Last offener und verdeckter Schulden auf ein tragbares Maß zurückführen und schon heute Vertrauen in die zukünftige Handlungsfähigkeit des deutschen Staates zurückgewinnen. IHK-Wertung: 


### Renationalisierung der Finanzmärkte verhindern!

Angesichts der internationalen Verflechtungen der Finanzinstitute ist zu prüfen, ob die Rettungsschirme für Banken und für Unternehmen international, aber zumindest europäisch abgestimmt werden müssen. Ansonsten drohen ein innereuropäischer Subventionswettbewerb und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten von Banken bzw. Unternehmen, weil ggf. nicht wettbewerbsfähige Unternehmen bzw. Kreditinstitute durch nationale staatliche Maßnahmen geschützt am Leben erhalten bleiben. IHK-Wertung: 

### Den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken!


Die Finanzmarktkrise engt die finanziellen Spielräume der EU-Mitgliedsländer ein – teilweise bis an die Grenze der Zahlungsfähig-

keit. Die EU kann daher allenfalls Nothilfen geben. Hilfen müssen jedoch – wie beim Internationalen Währungsfonds (IWF) – immer an konkrete Stabilitätsbedingungen geknüpft sein. Eine Gesamthaftung im Rahmen einer hier und da diskutierten „Euro-Anleihe“ darf es nicht geben. Denn dies würde den Druck auf die Mitgliedsstaaten schmälern, ihre eignen Haushalte zu konsolidieren.

IHK-Wertung: 

### Keine Ampelkennzeichnung für Finanzprodukte einführen!


Finanzprodukte leiden derzeit unter einem Vertrauensverlust. Anlagen sind jedoch stets nicht nur mit Chancen versehen, sondern auch mit Unsicherheiten behaftet. Dies lässt sich durch eine Ampelkennzeichnung (rot=risikoreich, grün=sicher) für Finanzdienstleistungsprodukte nicht verhindern. Eine derartige Kennzeichnung würde vielmehr der Komplexität der Produkte nicht gerecht, bevorzugen die Verbraucher und kann sie sogar in die Irre führen, indem sie vermeintliche Sicherheit signalisiert. Auch die Verbraucher stehen in der Verantwortung, sich über Risiken zu informieren.

IHK-Wertung: 


### Den Finanzmarkt mit Augenmaß regulieren!

Finanzmärkte sind bereits heute hochregulierte Märkte. Regulierungen können mehr Transparenz schaffen, gleichzeitig schränken sie aber auch Geschäftsoptionen ein und erhöhen die Finanzierungskosten für Unternehmen. Es muss deshalb genau geprüft werden, wo Nachbesserungen nötig sind. Mit Basel II gibt es ja bereits ein internationales Regelwerk. Um bestehende Regulierungsunterschiede zwischen den Ländern einzudämmen, muss Basel II nun weltweit umgesetzt werden. Dabei sollten Krisenbeschleuniger, die die Kreditversorgung von Unternehmen beeinträchtigen, abgebaut werden. Eine Möglichkeit wären Kapitalpuffer, die die Banken in guten Zeiten bei der Zentralbank


aufbauen müssten und in schlechten Zeiten für die Kreditversorgung nutzen könnten.

IHK-Wertung: 


### Keine Überregulierung bei Managergehältern!

Für Vergütung und Haftung bestehen heute schon verbindliche Regelungen. Ein am nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichteter Entgelt ist grundsätzlich sinnvoll, die Entscheidung darüber sollte im Einzelnen aber dem Unternehmen überlassen bleiben. Denn: Für gesetzliche Einheitsregelungen ist die Situation in den Unternehmen zu unterschiedlich. IHK-Wertung: 


### Steueroasen bekämpfen!

Steueroasen leisten der Steuerhinterziehung Vorschub, zum Beispiel durch mangelnden Informationsaustausch oder das Anlocken von „Schwarzgeld“. Zielführend sind international abgestimmte Maßnahmen, die den normalen grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr nicht behindern. Steueroasen sind aber nicht zu verwechseln mit Ländern, die ihre Standortattraktivität durch niedrige Steuersätze erhöhen. IHK-Wertung: 

### Früherkennung von Finanzkrisen verbessern!


Die expansive Kreditvergabe und die Konzentration von Risiken bei einigen Finanzinstituten ist zu spät erkannt worden – weder von den Bankenaufsichten noch von den Notenbanken. Ein weltweites Kreditregister könnte hier mehr Transparenz schaffen, um gesamtwirtschaftliche Risiken und Bankenpleiten frühzeitig zu erkennen. IHK-Wertung: 

### Richtig: der Rettungsschirm für Banken


Der Staat steht vor einem Dilemma: Stabilisiert er Banken mit volkswirtschaftlicher Relevanz nicht, drohen erhebliche und kaum abschätzbare Schäden für den Finanzmarkt und damit für alle Unternehmen. Allerdings darf das hohe Gut der Finanzmarktstabilität nicht per se als Rechtfertigung für staatliche Eingriffe oder gar einer Verstaatlichung von Banken dienen. Die Probleme der Banken sind mit dem Rettungsschirm aber noch nicht gelöst, denn sie sehen sich nach wie vor einem hohen Abschreibungsbedarf gegenüber. IHK-Wertung: 

### Bad Bank: Es kommt auf die Ausgestaltung an!


Zunächst ist zu prüfen, ob die Banken eine eigene Bad Bank – Ausgliederung vergifteter Wertpapiere in eine bankeigene Gesellschaft – selbst schultern können. Ist dies nicht der Fall, kommt demnach eine zentrale „Bad Bank“, bei der der Staat die Papiere zur Gänze übernimmt, nicht in Frage. Denn dies würde die Banken aus der Haftung entlassen und damit falsche Anreize setzen. Es bestünde die Gefahr, dass dem Staat in hohem Umfang Papiere zu einem überhöhten Preis übertragen würden. Dezentrale Lösungen (jede Bank oder Institutsgruppe gründet eine eigene Bad Bank) mit

staatlicher Beteiligung schaffen Transparenz und belassen den Instituten einen Anreiz, die Papiere je nach Vergiftungsgrad adäquat zu bewerten. Auch eine Versicherungslösung, bei dem die toxischen Papiere bei den Banken verbleiben, der Staat diese mit Garantien unter einem Selbstbehalt der Banken absichert, ist denkbar. Wichtig ist vor allem eine europaweite Koordinierung der Maßnahmen. IHK-Wertung: 


### Keine staatliche Beteiligung an Unternehmen der Realwirtschaft!

Der Staat ist überfordert, wenn er sich die Lösung von betriebswirtschaftlichen Problemen einzelner Unternehmen aufbürdet. Er ist nicht der bessere Unternehmer. Allenfalls darf der Staat bei guten Sanierungskonzepten im Rahmen des bewährten Bürgschaftssystems helfen, um den Einstieg privater Investoren und den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. IHK-Wertung: 

### Ertragskraft stärken – Unternehmensteuerreform und Mautregelung nachbessern!

Der Staat will einerseits mit Förderkrediten und Garantien die Kreditvergabe am Laufen halten. Gleichzeitig reduziert er aber selbst die Eigenfinanzierungskraft der Betriebe. Denn die Unternehmenssteuerreform 2008 belastet mit der Zinsschranke, der Beschränkung der Verlustrechnung, Einschränkung des Mantelkaufs und der gewerbesteuerlichen Zurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen das Eigenkapital und verschärft so die Krise für viele Unternehmen. Gleiches gilt mit der Mauterhöhung für die Betriebe des Verkehrsgewerbes. Bei beidem muss dauerhaft gegengesteuert werden. IHK-Wertung: 

### Erbschaftsteuer verschärft die Krise!

Schwächen der Erbschaftsteuer werden in der Krise schonungslos aufgedeckt. Die neue Erbschaftsteuer ist erst seit Jahresbeginn in Kraft, schon wird die betriebswirtschaftlich weltfremde Ausgestaltung der Verschonungsregelungen deutlich. Unternehmen, die in der Krise Mitarbeiter abbauen müssen bzw. auf neue Investoren angewiesen sind, werden jetzt bestraft. Die Erbschaftsteuer muss daher dringend auf den Prüfstand. IHK-Wertung: 

### Wichtig: Protektionismus verhindern!

Deutschland ist als Exportnation auf offene Märkte angewiesen. Viele Arbeitsplätze hängen vom Erfolg der Unternehmen auf den Weltmärkten ab. Eine Abschottung würde die Krise verschärfen und vor allem den deutschen Mittelstand hart treffen. Stabilisierungsmaßnahmen müssen deshalb weltweit koordiniert und Protektionismus muss eine klare Absage erteilt werden. Die beste Medizin gegen die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein erfolgreicher Abschluss der stockenden WTO-Verhandlungsrunde mit einem Abbau bestehender tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse. IHK-Wertung: 

(DIHK)

## Konkrete Hilfe für IHK-Mitgliedsunternehmen

IHK Pfalz – Partner in der Krise

**Immer mehr Unternehmen sind auch in der Pfalz von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für die Pfalz hat daher bereits im vergangenen Herbst ihre Mitgliedsbeiträge gesenkt und die Ausbildungsgebühren weiter ausgesetzt. Um einen Beitrag auch zur aktiven Unterstützung zu leisten, bietet sie mit dem Programm „IHK Pfalz - Partner in der Krise“ ihren Mitgliedsunternehmen weiterhin fundierten Rat und zielgerichtete Hilfestellung an.**

Einen Schwerpunkt bildet die Beratung zu aktuellen Förderprogrammen für Existenzgründer, aber auch für Unternehmen, die infolge der Finanzmarktkrise Umsatz- und Auftragseinbußen erlitten haben. Hier hilft die IHK, Schwachstellen rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Darüber hinaus unterstützt sie die Unternehmen mit konkreten Tipps, um Zahlungsausfälle zu vermeiden und gibt Hinweise, wie Unternehmen im Rahmen von Konjunkturprogrammen an öf-



fentlichen Aufträgen partizipieren können. Krisenzeiten sind Weiterbildungszeiten. Unternehmen, die z.B. eine Phase der Kurzarbeit dazu nutzen möchten, ihre Mitar-

beiter weiter zu qualifizieren, bietet die IHK Pfalz ihre Beratung bis hin zu konkreten Schulungsmaßnahmen an. Zeiten geringerer Arbeitsbelastung können Unternehmen auch für Produktinnovationen oder zur Erschließung neuer Märkte im Ausland nutzen. Auch hier berät die IHK Pfalz über aktuelle Förderprogramme, z.B. zur Energie- und Materialeffizienz.

Mit Länderinformationsveranstaltungen gibt die IHK wichtige Entscheidungshilfen und unterstützt die Unternehmen mit Exportseminaren bei der Umsetzung. Damit bietet die IHK Pfalz gerade kleinen und mittleren Unternehmen ihre zielgerichtete Unterstützung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an.

Das komplette Angebot finden Sie im Internet, [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 31752. Mehr auch unter [www.ihk.de/rausausderkrise](http://www.ihk.de/rausausderkrise).

## IHK-Gründerreport 2008

Talfahrt in Rheinland-Pfalz gebremst, Nebenerwerb im Aufwind

**Rheinland-Pfalz bietet ein günstiges Klima für Unternehmensgründungen. Im vergangenen Jahr haben 34.080 Existenzgründer den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit gewagt, so das Ergebnis einer Erhebung der rheinland-pfälzischen IHK/HWK-Starterzentren. Der Handel und das Dienstleistungsgewerbe sind weiterhin die bevorzugten Wirtschaftszweige für die Umsetzung neuer Geschäftsideen. In der Pfalz liegen der Rhein-Pfalz-Kreis und die Stadt Ludwigshafen vorn.**

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ging auf Landesebene im vergangenen Jahr um 2,1 % zurück. Bundesweit wurden in 2008 11 % weniger gewerbliche Tätigkeiten angezeigt. Die bis in das Jahr 2008 zuletzt gute konjunkturelle Lage mit ihren positiven Aus-

wirkungen auf den Arbeitsmarkt erklärt, dass der Gründergeist seit dem Jahr 2005 tendenziell schwächer ausgeprägt war. Gegenläufig zu diesem Trend haben Gründungen im Nebenerwerb deutlich zugelegt (plus 7,9 %). Unter den Neugründungen ohne besondere wirtschaftliche Relevanz – kein Handelsregistereintrag, keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze – liegt ihr Anteil bei über 50 %. Zu diesem Ergebnis kommt der jetzt vorgestellte „Gründerreport 2008“ der 28 IHK/HWK-Starterzentren in Rheinland-Pfalz. Der Gründungssaldo als Differenz aus Existenzgründungen und Liquidationen war in 2008 auf Landesebene mit 3.580 zusätzlichen Betrieben positiv. Der vergleichbare Wert für den Pfalz-Bezirk liegt bei 1.578 Unternehmen. Unter den pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten

nehmen bei den Gewerbeanmeldungen der Rhein-Pfalz-Kreis (1.529) sowie die Stadt Ludwigshafen (1.596) die Spitzenpositionen ein. Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und den in der Folge zu erwartenden zusätzlichen Belastungen auf dem Arbeitsmarkt rechnen die Starterzentren im laufenden Jahr mit einer Belebung des Gründungsgeschehens. Insbesondere sei wieder ein Anstieg bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zu erwarten, so der IHK-Existenzgründungsexperte Thomas Engel.

Ansprechpartner bei der IHK Pfalz ist Thomas Engel, Tel. 0621 5904-2100, [thomas.engel@pfalz.ihk24.de](mailto:thomas.engel@pfalz.ihk24.de), der komplette Gründerreport steht im Internet unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 24581 als Download zur Verfügung.



## ADAM und EVA 2009

Wettbewerb „Messeauftritte“ und „Events“



*Für dieses Event zur Eröffnung der Fußball-WM mit behinderten Menschen gab es Gold.*

**Zum 9. bzw. 13. Mal verleiht in diesem Jahr der FAMAB Verband Direkte Wirtschaftskommunikation e.V. die beiden Awards für besonders effektive Kommunikation von Unternehmensbotschaften.**

ADAM steht für „Award der ausgezeichneten Messeauftritte“ und würdigt Marken und Messeauftritte, die Marketingbotschaften in beispielhafter Weise kommunizieren oder auch Raumerlebnis und Architektur

des Auftritts unterstützen und verdeutlichen. EVA steht für Event Award und prämiiert herausragende Marketing-Events. Um die Preise können sich alle Messeauftritte bzw. Marketing-Events bewerben, die weltweit zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 30. Juni 2009 stattgefunden haben.

Weitere Infos und die Ausschreibungsunterlagen unter [www.adam-award.de](http://www.adam-award.de) bzw. [www.eva-award.de](http://www.eva-award.de).

## „Deutschlands Beste Arbeitgeber 2010“

Startschuss im Mai

**Das Great Place to Work® Institute Deutschland startet zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Handelsblatt, der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) und dem „Personalmagazin“ die neue Auflage der Benchmarkstudie „Deutschlands Beste Arbeitgeber“.**

Damit haben die Unternehmen in Deutschland ab sofort wieder die Gelegenheit, ihre Mitarbeiterorientierung gezielt auf den Prüfstand zu stellen und ihre Qualität und Attraktivität als Arbeitgeber weiterzuentwickeln. Die Untersuchungen laufen von Mai bis Oktober 2009, Anmeldungen sind ab sofort bis zum 30. September möglich. Bewertungsbasis sind eine Mitarbeiterbefragung zu zentralen Arbeitsplatzthemen wie Identifikation, Führung, berufliche Förderung und

Zusammenarbeit sowie eine Bewertung der Maßnahmen und Konzepte der Personalarbeit. Überprüft wird zudem, inwieweit es den Unternehmen gelingt, Glaubwürdigkeit, Respekt und Fairness im Verhältnis zu den Beschäftigten zu verwirklichen. Die 100 besten Unternehmen der Studie werden mit dem Gütesiegel „Deutschlands Beste Arbeitgeber“ ausgezeichnet und Anfang 2010 differenziert nach Größenklassen der Öffentlichkeit vorgestellt. Für Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Krankenhäuser, Kliniken und Pflegeeinrichtungen besteht darüber hinaus die Möglichkeit, an der branchenspezifischen Studie „Beste Arbeitgeber im Gesundheitswesen 2010“ teilzunehmen.

Weitere Infos und Anmeldung: unter [www.greatplacetowork.de](http://www.greatplacetowork.de).

## WIRTSCHAFTSFACHWIRTE



Als Lehrgangsbeste der Wirtschaftsfachwirte wurde Kathrin Weise (3.v.r.) geehrt.

Nachdem sie zwei Jahre lang an jeweils zwei Tagen pro Woche fleißig und mit viel Durchhaltevermögen gelernt hatten, konnten die erfolgreichen TeilnehmerInnen der IHK-Weiterbildungslehrgänge „Wirtschaftsfachwirt/-in“ und „Bilanzbuchhalter/-in“ ihre Prüfungsurkunden in Empfang nehmen.

Die Zentren für Weiterbildung (ZfW) der IHK Pfalz bieten ein breites Spektrum an Lehrgängen, Seminaren und Weiterbildungsprüfungen. Das komplette Angebot finden Sie auf der Homepage der IHK Pfalz, [www.pfalz.ihk24.de/weiterbildung](http://www.pfalz.ihk24.de/weiterbildung).

## BILANZBUCHHALTER



Als prüfungsbester Bilanzbuchhalter wurden Hans-Peter Simon (6.v.r.) und als lehrgangsbeste Teilnehmerin Jutta Stadler (2.v.r.) geehrt

## Wussten Sie schon...

...was eine Einstiegsqualifizierung (EQ) mit IHK-Zertifikat ist?



Während der EQ haben Jugendliche und Betriebe die Möglichkeit, sich schon einmal zu „beschnuppern“.

**Die sogenannte betriebliche Einstiegsqualifizierung mit IHK-Zertifikat hat zum Ziel, durch den Einstieg in Ausbildung und Arbeit Potenziale junger Menschen zu erschließen, die sonst vielleicht ungenutzt blieben.**

Ausbildungswillige und ausbildungsfähige junge Menschen sollen ein Angebot erhalten, wenn sie nach den bundesweiten Nachvermittlungaktionen im Herbst keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Jugendliche erhalten mit der EQ die Möglichkeit, in einem Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten Teile eines Ausbildungsberufes, einen Betrieb und das Berufsleben kennen zu lernen. Die Einstiegsqualifizierung dient als Türöffner für Ausbildung oder Beschäftigung und hat viele Vorteile für alle Beteiligten. So können z. B. Betriebe ihren Nachwuchs durch eine Einstiegsqualifizierung näher kennen lernen. Die Betriebe sehen mehr von den praktischen Begabungen als Schulzeugnisse aussagen. Noch nicht ausbildende Betriebe können selbst in die Ausbildung einsteigen.

Ausführliche Infos, Checklisten, Verträge und vieles mehr rund um die EQ unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 12894.



*Ich mach'  
mehr aus mir!*

# Aktuelle Angebote

## Lehrgänge mit IHK-Prüfung

Meister/-in für Lagerwirtschaft	27.05.09 - 14.04.12	LU
Industriemeister/-in Chemie	07.09.09 - 20.09.12	LU
Industriemeister/-in Kunststoffverarbeitung	10.10.09 - 06.10.12	PS
Meister/-in für Lagerwirtschaft	14.10.09 - 22.09.12	PS
Industriemeister/-in Metall	02.12.09 - 27.10.12	PS
Industriemeister/-in Metall	06.01.10 - 27.10.12	LD
Industriemeister/-in Chemie	11.01.10 - 12.03.13	LD
Techn. Fachwirt/-in	23.09.09 – Sept. 12	LU
Personalfachkaufmann/-frau	ab 15.04.10	LU
Industriefachwirt/-in	28.10.09 – Okt. 11	KL
Handelsfachwirt/-in	05.11.09 – Nov. 11	KL
Ausbildung der Ausbilder Teilzeit	31.08.09 – 18.11.09	LU
Ausbildung der Ausbilder Vollzeit	18.09.09 – 02.10.09	LU
Ausbildung der Ausbilder Teilzeit	07.10.09 – 19.12.09	PS
Ausbildung der Ausbilder Teilzeit	27.10.09 – 28.01.10	LD

## Lehrgänge mit IHK-Zertifikat

CAD Grundlagen	31.08.09 – 06.10.09	LU
SPS Grundlagen	27.10.09 – 03.12.09	LU
Fachwissen Einkauf	01.09.09 – 17.11.09	LU

**Unser gesamtes Lehrgangsangebot finden Sie unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 379**  
**Lehrgänge und Seminare für Auszubildende: Dokument-Nr. 22538**

Alle Themen können auch als geschlossene Firmenlehrgänge und Firmenseminare angeboten werden.

## Seminare und Kurzlehrgänge

Konflikte als Chance erkennen und erfolgreich lösen!	07.05.09	LU
Mitarbeiterbeurteilung	11.05.09	LU
Grundlagen des modernen Einkaufs – Intensivtraining	12.05.09 – 13.05.09	LU
Besprechungen effizient führen	13.05.09	LU
Rhetorik: Gesprächsführung – Zuhören, Argumentieren und Überzeugen	13.05.09	PS
Management im Büro und Sekretariat	13.05.09 – 14.05.09	LU
Projektmanagement	19.05.09	LU
Organisation für Meister und Schichtführer	26.05.09	LU
Telefonkassio – Forderungen effektiv managen	04.06.09	LU
Teamentwicklung	09.06.09	LU
Buchführung in der Praxis in kleinen u. mittleren Unternehmen	01.09.09 – 01.10.09	LU

## Zusatzangebote für Auszubildende

Grundlagen der Hydraulik	15.06.09 – 26.06.09	LU
Grundlagen der Pneumatik	07.09.09 – 18.09.09	LD
Grundausbildung Metall	01.09.09 – 02.07.10	LD
Grundfertigkeiten der Metallbearbeitung	01.09.09 – 26.02.10	LD
Grundlagen der Metalltechnik	01.09.09 – 20.11.09	LD
Elektropneumatik und –hydraulik	21.09.09 – 09.10.09	LD
CNC-Technik Grundstufe	12.10.09 – 06.11.09	LD
EDV Grundlagen für Auszubildende in gewerblich techn. Berufen	12.10.09 – 23.10.09	LU

# Luxus notwendig

## Breitbandinitiative: Kusel kreativ

„Ich kann auf alles Notwendige verzichten, außer auf Luxus“, soll Oberdandy Oscar Wilde mal gesagt haben. Aus dem Luxus Breitbandinternet ist offensichtlich das Notwendige geworden, auf das trotzdem niemand mehr verzichten mag. „Breitband ist ein harter Standortfaktor“, sagt denn auch Thomas Weyrich, Wirtschaftsförderer des Landkreises Kusel. Wie es ihm gelungen ist, innerhalb von eineinhalb Jahren fast 100 Gemeinden aus vier Landkreisen zu Solidarität und gemeinsamer Kasse in Sachen Breitbandanbindung zu bewegen, ist aber eine ganz andere Geschichte.

„Wie ein Streuselkuchen“ habe sich die Versorgungssituation in den Landkreisen Kusel, Kaiserslautern, Birkenfeld und Bad Kreuznach dargestellt, als man mit der ersten „Breitbandkonferenz“ vor Jahresfrist eine erste Bestandsaufnahme begann. „Wir hatten nur Inseln mit schnellen Anbindungen, wir haben da überhaupt kein System drin erkannt“, sagt Weyrich. Wenigstens Anschlüsse entlang der Autobahnen oder Bahnlinien habe man erwartet. „Das war aber nicht der Fall, die Anschlüsse sind nicht so durchgängig vorhanden, wie wir uns das vorgestellt hatten“, ergänzt Weyrichs Kollege bei der Kreisverwaltung Kusel, Holger Flick.

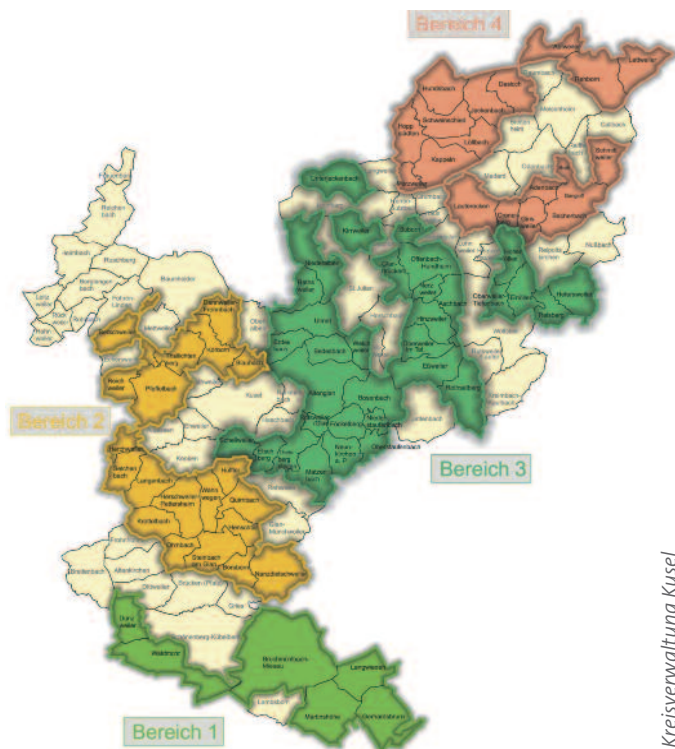
### Start bei der MediaMit 2007

„Breitbandkonferenz“ ist Name und Programm für landesweite Workshops seit dem Herbst 2007 mit bislang gut 1.500 Teilnehmern aus Kommunalpolitik, den technischen und dienstleistenden Anbietern und Wirtschaftsförderern, mit denen die flächendeckende Versorgung des Landes mit Breitband-Internetanschlüssen gefördert werden soll. Bei der MediaMit 2007 durch die Landesregierung angekündigt, war schließlich die IHK Zetis GmbH, die bereits in dem Multimediaprojekt „connect“ Partner des Landes ist, der natürliche Partner für die Betreuung der Breitbandkonferenzen. Die letzte landesweite Veranstaltung fand Mitte März in Mainz statt.

### ZITIERT

„Die Breitbandinitiative hat von Anfang an auf Eigeninitiative gesetzt, hat gesagt, macht was, legt los, wartet nicht, bis die Telekom euch die 16 Megabit umsonst ins Haus legt, das wird nie geschehen. Fangt an, nehmt auch ein halbes Megabit, bevor ihr gar nichts habt. Vergesst die Förderung, macht was ihr könnt. Nehmt auch erst mal die zweit- oder drittbeste Lösung. Viele Nutzer merken nicht mal, ob sie ein Megabit oder 16 Megabit haben.“

Bernd Heß, IHK Zetis GmbH



Kreisverwaltung Kusel

„Wir hatten ein paar ganz gut versorgte Bereiche in Kusel, in der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg. Aber dies hier ist eindeutig ländlicher Raum, zwei Drittel der Leute pendeln zum Arbeiten aus, die Effekte des demografischen Wandels machen sich vor allem im Norden bereits bemerkbar. Unternehmensansiedlungen von außerhalb gibt es so gut wie nicht. Unser Schwerpunkt liegt auf der Bestandserhaltung und der Bestandsentwicklung. Und dafür brauchen wir, brauchen unsere Unternehmen ganz dringend schnelles Internet“, fasst Weyrich zusammen. Drängende Rufe kamen nicht nur aus Industrie und Gewerbe, auch von vielen Immobilienbesitzern, die etwa an Amerikaner vermieten wollen. „Nothing goes“ ohne schnelles Internet. Aber auch Ärzte brauchen angesichts datenintensiver Abrechnungssysteme schnelle Anbindungen. „Wir hatten allerdings das Problem, dass die Internetanschlüsse für einige Gemeinden einfach nicht zu bezahlen waren“, sagt Weyrich. Schnelles Internet gehöre zur Daseinsvorsorge wie Straßen, Strom, Wasser und Telefon.

### Große Wissensdefizite

„Es gibt ein großes Wissensdefizit und ein großes Anspruchsdenken. Die Werbung sagt, 16 Euro für DSL 16.000, das ist in Ballungszentren ok, im ländlichen Raum aber derzeit utopisch“, sagt Bernd Heß von der IHK Zetis. „Es gab aber auch diese Wissensdefizite: Man sagte, wo kein Kupfer liegt, geht nichts. Da hat die Technologie sich geändert. Es geht jetzt mit Glasfaser, es gibt Funkmöglichkeiten, und die sind bezahlbar, Richtfunk bis in den Ort und dort dann W-Lan, schließlich Satellitenlösungen mit zunehmenden Bandbreiten, über die Stromleitung oder auch über UMTS und die Nachfolgetechnologie. Es gibt viel mehr technische Möglichkeiten und mehr Anbieter, und dies haben die Breitbandkonferenzen ins Bewusstsein gebracht.“

## INFO

*Umfassende Informationen über die Breitbandinitiative, über Fördermöglichkeiten, etwa das „Leerrohr-Programm“ des Landes, über Anbieter und Berater gibt es komplett und zentral auf der Internetseite [bbi-rlp.de](http://bbi-rlp.de).*

Unter der Führung des Landkreises Kusel ist nun ein kleines Wunder gelungen. Nicht nur, dass man es geschafft hat, über Verwaltungsgrenzen hinweg 76 Ortsgemeinden mit rund 100.000 Einwohnern verbindlich unter das Dach eines gemeinsamen Projektes zu bekommen. Das ist auch in erstaunlich kurzer Zeit von ein- einhalb Jahren gelungen. Und, besonders bemerkenswert, höchst solidarisch: Abgerechnet wird nicht nach Einwohnerzahlen der jeweiligen Gemeinde, „das hätten die kleineren überhaupt nicht stemmen können“, sondern jede teilnehmende Gemeinde, ob groß oder klein, zahlt den gleichen Betrag. Es geht dabei – nach den Ergebnissen einer Machbarkeitsstudie, die Grundlage für die Entscheidung war – um 1,4 Millionen Euro für eine funkbasierte Lösung. Dass dieser vergleichsweise niedrige Betrag überhaupt auf Papier steht, liegt daran, dass man sich am Machbaren orientiert hat. „Glasfaser bis an jedes Haus wäre nicht bezahlbar gewesen“. Im Versorgungsgebiet wurden vier Bereiche gebildet, in denen jeweils andere technische Lösungen zum Tragen kommen.

„Es gibt aber kein Patentrezept, auch nicht das, dass man sagt, die Funklösung ist die Allround-Lösung. Das wäre unter technisch/wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch nicht vertretbar. Wir schreiben technikneutral aus und wünschen uns, dass es unterschiedliche Lösungen gibt, weil die dann auch die wirtschaftlichen sind. Was wir gemacht haben, ist, diese vier Versorgungsgebiete unter technisch-wirtschaftlichen Kriterien zu bilden“, sagt Weyrich.

### Ein Megabit mittelfristig ungenügend

Technisch gesehen gilt derzeit eine Datenübertragungsrate von einem Megabit pro Sekunde als Breitband. Das ist die Zielvorgabe des Landes für eine flächendeckende Versorgung, die Wirtschaftsminister Hendrik Hering in Mainz bereits als „mittelfristig ungenügend“ bezeichnete. 50 Megabit für 75 Prozent der Bevölkerung bis 2014, das ist das Ziel der Bundesregierung, so Dr. Peter Knauth vom Bundeswirtschaftsministerium bei der Breitbandkonferenz in Mainz. „Visionen müssen ambitioniert sein“, sagt Bernd Heß von der Zetis. „Bis vor zwei Jahren galt noch die Sprachregelung, Breitband ist doppelte ISDN-Geschwindigkeit. Erst vor ein, zwei Jahren wurde das geändert, dass Breitband erst bei einem Megabit losgeht. Und auch das wird sich wieder ändern, weil das für verschiedene Dienste nicht mehr reicht. Man denke nur an die notwendigen Betriebssystem-Updates, etwa für Windows. Breitband ist heute ein Standortfaktor, und zwar ein knallharter.“  
(Fred G. Schütz)

## Produktsicherheitsrecht

IHK-Infoveranstaltung am 13. Mai

Zum Themenkomplex Produktsicherheit findet am 13. Mai in der IHK Pfalz in Ludwigshafen die Veranstaltung „Produktsicherheitsrecht: CE-Kennzeichnung und mehr...“ statt. Referent ist der Autor des Buches „Praxisleitfaden Produktsicherheitsrecht“, Volker Krey.



„Praxisleitfaden Produktsicherheitsrecht“, Carl Hanser Verlag, München, 49,90 Euro. Bezug unter [www.hanser.de](http://www.hanser.de), ISBN: 978-3-446-22831-3.

CE-Kennzeichnung, Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, Gefahrenanalyse, Benutzerinformation, Konformitätsnachweis und Produkthaftung sind rechtliche Begriffe, mit denen jeder Hersteller und „Inverkehrbringer“ technischer Produkte vertraut sein sollte. Krey informiert auf der Veranstaltung, wann was zu tun ist, um ein unter Sicherheitsgesichtspunkten rechtskonformes Produkt in Verkehr zu bringen. Zur Vervollständigung des Themas werden außerdem die Grundlagen des Produktsicherheitsrechts sowie der Produkthaftung behandelt.

Weitere Infos zur Veranstaltung unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 618.

## Die Neue Maschinenrichtlinie

Keine Übergangsfrist

**Die Neue Maschinenrichtlinie 2006/42/EG wird am 29.12.2009 die bisher gültige Maschinenrichtlinie 98/37/EG ablösen. Eine Übergangsfrist ist nicht vorgesehen.**

Die entsprechend überarbeitete Maschinenrichtlinie 2006/42/EG musste bis zum 29. Juni 2008 in nationales Recht umgesetzt werden (durch die 9. Verordnung zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, GPSGV, Maschinenverordnung). Es ist somit unumgänglich, sich als der von den Änderungen Betroffener rechtzeitig auf die Änderung vorzubereiten. Die Maschinenrichtlinie hat vor allem zum Ziel, die Zahl der Unfälle in Verbindung mit Maschinen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Die Erfüllung der Anforderungen aus der Maschinenrichtlinie ist auch wesentliche Voraussetzung dafür, dass eine so gekennzeichnete Maschine im Europäischen Wirtschaftsraum frei gehandelt werden darf.

Weitere Infos zu der Maschinenrichtlinie (Richtlinie und Amtsblatt) unter: [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 33684 und 33694.

## TERMIN

### Petersberger Industriedialog 2009

12. Mai 2009

„Mit Technologieführerschaft zum Markterfolg von morgen: Vom Krisenmanagement zur Zukunftssicherung“ – unter diesem Leitthema findet der 5. Petersberger Industriedialog im Steigenberger Grandhotel Petersberg in Königswinter statt. Die Veranstaltung verfolgt das Ziel, anhand von Best-Practice-Beispielen aufzuzeigen, dass gerade besonders innovative Unternehmen gute Chancen haben, sich auch zukünftig in ihren Märkten zu behaupten.

Weitere Infos und Anmeldung bei der IHK Pfalz, Holger Grotelüsch, Tel. 0621 5904-1640, [holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de](mailto:holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de) oder [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de).

## Neue Zahlen des Patentamts

Wie innovativ sind die Rheinland-Pfälzer?

**Erfindern und Firmen gehen die Ideen nicht aus. Das belegen die Anmeldezahlen für das Jahr 2008 beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA), die die Präsidentin des Amtes, Cornelia Rudloff-Schäffer, in einer Pressemitteilung am 16. März bekannt gab.**

Bei den Patenten stiegen die Anmeldezahlen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 auf 1.274 Anmeldungen. Im Vorjahr wurden 1.235 Patente angemeldet. Insgesamt hat in Deutschland die Zahl der Patentanmeldungen gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % zugenommen. In Rheinland-Pfalz beträgt die Steigerung sogar 3,2 %. Die innovativsten Branchen sind nach wie vor der Fahrzeug- und Maschinenbau.

Für weitere Fragen steht Ihnen das Patentinformationszentrum der KIT, Tel. 0631 205-2172, [piz@kit.uni-kl.de](mailto:piz@kit.uni-kl.de), gerne zur Verfügung.

## TERMIN

### Neue Maschinenrichtlinie

25. Juni

Zum Thema „Neue Maschinenrichtlinie“ bietet die IHK Pfalz am 25. Juni in Ludwigshafen eine Informationsveranstaltung an.

Anmeldung bei der IHK-Innovations- und Technologieberatung, [holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de](mailto:holger.grotelueschen@pfalz.ihk24.de) oder unter [www.ihk24.de](http://www.ihk24.de); Dokument-Nr. 618.

## Internetpräsenz deutscher KMUs

### NEG startet Umfrage

**Unter Federführung des E-Commerce-Center Handel führt das Netzwerk Elektronischer Geschäftsverkehr (NEG) ab 14. April 2009 zum vierten Mal die Erhebung „Elektronischer Geschäftsverkehr in Mittelstand und Handwerk“ durch.**

Die Befragung wird vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, vom Zen-

tralverband des Deutschen Handwerks und vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. unterstützt. Neben dem Stand der Internetnutzung stehen auch Aspekte der Gestaltung und des Controlling von Online-Auftritten kleiner und mittlerer Unternehmen im Mittelpunkt der Untersuchung. Die gewonnenen Da-

ten fließen entscheidend in die Planung des zukünftigen Informationsangebots des NEG ein. Die Befragung läuft bis zum 30. Juni 2009.

Die Online-Umfrage steht unter folgenden Link: <http://umfragen.ifhkoeln.de/NEG2009/?a=41>. Kontakt und weitere Infos über Aline Eckstein, E-Commerce-Center Handel am Institut für Handelsforschung, Köln, Tel. 0221 943607-70, [a.eckstein@ecc-handel.de](mailto:a.eckstein@ecc-handel.de) oder bei der IHK Zetis, Andreas Scherer, Tel. 0621 5904-1620, [scherer@zetis.de](mailto:scherer@zetis.de).

## Recyclingbörse Angebote

Chiffre-Nr.	Bezeichnung des Stoffes	Zusammensetzung	Menge	Anfallstelle
LU-A-1342-04	Bananenkartons	Pappe	ca. 500 Stck. à 0,20 Euro, monatl.	Frankenthal
LU-A-1343-02	5 l-Kanister blau UN X 1.9, Mündung Nr. 51 mit schwarzem Verschluss	PE	480 Stck.	Maxdorf
LU-A-1344-18	Stapel-Klemmbügel für Euro-Paletten	Nutzhöhe 800 mm	150 Paar	Pirmasens
LU-A-1347-01	Lupasol SK		1.920 kg, 120 kg-Fass	Ludwigshafen
LU-A-1354-18	Gebiom Fußdruckmessplatte MS 195	4 Sensoren pro cm <sup>2</sup> , 36 x 66 cm	1 Stck.	Pirmasens
LU-A-1356-02	Formteile aus Kunststoffspritzguss	ABS und Polyamid 6	15.900 Stck. (ca. 1 t)	Mutterstadt
LU-A-1657-2	EVA Stanzabfälle	2-farbig schwarz/weiß ca. 95 x 28 cm	monatlich ca. 100 m <sup>2</sup>	Merzalben
LU-A-1658-1	Salzsäure 28-32 %		100 t / Monat	Speyer
LU-A-1659-5	Europaletten, 1200 x 800 gebraucht, tauschfähig	Holz	ab 500 Stk. 4,90 €/Stk. zzgl. Mwst.	Kaiserslautern
LU-A-1748-2	Big Bags	Riesensäcke aus Kunstfaser; 900 x 900 x 1.350 mm. Bis zu 1 cbm Fassungsvermögen, bis zu 1 t belastbar.	500 Stk. à 3,90 €	Kaiserslautern
LU-A-1749-2	IBC, 1.000-l-Tanks aus PE in Metall-Gitterbox	gereinigt	50 Stk. à 39,00 €	Kaiserslautern
LU-A-1772-1	Degalan PQ 611	Bindemittel	18.000 kg	Ludwigshafen
LU-A-1812-5	Einwegpaletten	1,15 x 1,15 m	unbegrenzt	Billigheim
LU-A-1910-1	Kieselsohl KÖSTROSOL 1028 farblos	wässrige, kolloidale, schwach alkalische Kieselsäuredispersion	34.600 kg, einmalig	Ludwigshafen
LU-A-1912-5	Palettenholz, Transportkistenholz	Einwegpaletten (z. T. Tropenholz), Weichholz (Einstufung: A1)	40 cbm, Füllmenge ca. 3,5 t, wöchentlich	Germersheim
LU-A-1913-3	gebrauchtes Strahlmittel (Edelstahl)	Grittall GH, Hersteller: Vulkan INOX GmbH	10 t, 3.000 €	Germersheim
LU-A-1989-1	Kaliumhydroxid / KOH Pellets	hochreine Ware aus Halbleiterindustrie, haltbar: 2012	27.600 kg/50 kg-Säcke 8.420 kg/5 kg-Flaschen	Ludwigshafen
LU-A-1990-1	NaOH Pellets	hochreine Ware, Ursprung: Deutschland	20 t/50 kg-Säcke	Ludwigshafen
LU-A-2102-2	Zuschnitte mit Noppenschäumkaschierung, Sorte 2.3 BC, Abmessung: 870 x 1.130 x 4 mm	Polyurethan-Weichschaumstoff „Komfort-Flex“ auf einen Kartonzuschnitt geklebt	40.000 Stck.	Kaiserslautern

## Recyclingbörse Gesuche

Chiffre-Nr.	Bezeichnung des Stoffes	Zusammensetzung	Menge	Anfallstelle
LU-N-1785-1	chemische Rohstoffe	An- und Verkauf von Überproduktionen, Rest- und Sonderposten		
LU-N-1811-5	Europaletten, defekt	0,8 x 1,2 m	unbegrenzt	
LU-N-1813-5	Paletten CP 1, 2, 3, 9	1 x 1,2 m, 1,1 x 1,1 m; 0,8 x 1,2 m	unbegrenzt	
LU-N-1985-13	Klärschlamm (AVV 19 08 05), Rechengut (AVV 19 08 01), Sandfangrückstände (AVV 19 08 02), Gewerbeabfälle (AVV 19)		unbegrenzt	

In der Recyclingbörse können Unternehmen des IHK-Bezirks kostenlos inserieren. Interessieren Sie sich für eines der Inserate, möchten Sie eine Anzeige aufgeben oder wünschen Sie weitere Informationen? **Wenden Sie sich an die Umweltberatung der IHK, Tel. 0621 5904-1611, Fax 5904-1604, Ludwigsplatz 2-4, 67059 Ludwigshafen. Sie können die Recyclingbörse auch im Internet unter <http://www.ihk-recyclingboerse.de> abrufen, sowie Ihre Annoncen selbst einstellen.**



Markt braucht keine Festung.

## In den Schrank legen und hoffen

### Serie „Staat versus Markt“: Neues Außenwirtschaftsgesetz kann Investoren verprellen

„Betroffen wären wohl eher kleinere Aktiengesellschaften, etwa mit High Tech-Produkten. Ich kann mir kaum vorstellen, dass sich jemand mit 25 Prozent bei Großunternehmen einkauft“, sagt Volker Scherer, Außenwirtschaftsexperte bei der IHK Pfalz über die Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes, das dieser Tage in Kraft tritt. In unserer *Wirtschaftsmagazin*-Serie „Staat versus Markt“ nennt Scherer das neue Gesetz, das der Bundesregierung ein Vetorecht einräumt, wenn Investoren von außerhalb der EU oder der Freihandelszone EFTA zu mehr als 25 Prozent bei deutschen Unternehmen einsteigen wollen, „wohl eher ideologisch motiviert, begrifflich schwammig und dazu geeignet, Investoren abzuschrecken, die wir gerade jetzt in der Finanzkrise dringend bräuchten.“

„Der Schlüsselbegriff, mit dem ein solches ausländisches Engagement abgelehnt werden könnte, ist der Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, sagt Scherer. „Das ist leider sehr unpräzise.“ Bereits nach dem alten Gesetz habe der Staat Eingriffsmöglichkeiten gehabt, „und die wurden selten ausgeschöpft. Bei wechselnden politischen Konstellationen kann sich das schnell ändern. Das ist die Hauptgefahr bei dem Gesetz.“

„Ich würde sagen, die Diskussion über das Gesetz war schädlicher als das Gesetz selbst“, sagt der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Axel Nitschke. In der beinahe zwei Jahre andauernden Debatte um die Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes sah zum Beispiel die FAZ in einem Kommentar vom 26. Dezember 2007 „Investoren unter Generalverdacht“. „Am besten wäre, wir würden das Gesetz jetzt vergessen, es in den Schrank legen und

hoffen, dass es niemals angewendet werden muss. Dann hoffen wir mal alle, dass in ein paar Jahren die Diskussion vergessen ist und sich die ausländischen Investoren wieder beruhigt haben und wieder Vertrauen fassen“, sagt Nitschke. Im Hessenwahlkampf vor zwei Jahren hatte sich Ministerpräsident Roland Koch in einem Interview im Juli 2007 mit der Nachrichtenagentur Reuters „für eine gesetzliche Schranke zum Schutz deutscher Firmen vor dem Zugriff ausländischer Staatsfonds“ ausgesprochen. Dies unter der Überschrift „Deutschland darf politisch nicht erpressbar werden.“

#### Weich formuliert

Aus der ursprünglich geforderten Genehmigungspflicht ist ein dreimonatiges Prüfungsrecht des BMWI geworden. Auf die Frage, ob es denn überhaupt ein neues Außenwirtschaftsgesetz gebraucht hätte, sagt Nitschke: „Angesichts der Diskussion und der Wellen, die dies geschlagen hat, definitiv nicht.“ Schauen Sie sich die Formeln des Gesetzes an, „dann sieht man, wie weich die formuliert sind und was für Möglichkeiten zumindest theoretisch drinstecken. Dann fragt sich ein Investor, einmal in der Sache, was heißt das für mich, und dann fragt er, vor allem was das Klima angeht, wollen die mich da oder wollen die mich da nicht.“

Lange Zeit seien „recht kleinkarierte“ Regelungen in der Diskussion gewesen, etwa Mitsprache des Bundesarbeitsministeriums mit Blick auf Arbeitsplatzauswirkungen. „Das hört sich ja erstmal positiv an, aber wenn man das dann auf den Kopf stellt, dann sieht man, dass die Handlungsfreiheit von jedem Investor von



vorneherein beschränkt worden wäre. Der hätte sich von vorneherein gesagt, in diesem Land werde ich garantiert nicht investieren, weil bei jeder Personalentscheidung, die ich treffe, plötzlich der Staat mitredet. Insofern sind die Formulierungen, die wir jetzt haben, auf den ersten Blick sehr ordentlich.“ Der DIHK habe hier entsprechend mitgeholfen, dass die ursprünglichen Pläne nicht zum Tragen kamen. „Aber das entscheidende Thema, der ‚Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit‘, wirft natürlich die Frage auf, was bedeutet das konkret. Das ist ganz bewusst so offen gehalten worden“, sagt Nitschke.

### Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Bereits das alte Außenwirtschaftsgesetz habe ermöglicht, dass man Investitionen daraufhin überprüft, inwieweit beispielsweise die Verteidigungssicherheit Deutschlands gefährdet ist. „Wenn jemand eine U-Boot-Firma kaufen wollte, dann war es bereits mit den bisherigen gesetzlichen Regelungen möglich, das zu verhindern. Jetzt geht es etwas weiter, man will die Chance haben, ‚Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit‘ frei zu interpretieren. Man kann dann zu dem Schluss kommen, Computertechnologie ist wichtig für die öffentliche Ordnung und Sicherheit und dann wird das untersagt. Eine Kaimauer in irgendeinem abgelegenen Hafen oder auch im Hamburger Hafen ist dann plötzlich für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wichtig“, sagt Nitschke. „Jetzt haben wir mit diesem Gummibegriff ‚Schutz der

## ZITIERT

*„In der gegenwärtigen Finanzkrise, wo die deutschen Unternehmen auf Kapital angewiesen sind, ist das neue Außenwirtschaftsgesetz sicherlich das falsche Signal, weil es Investoren abschrecken kann. Alle Staaten der EU und vor allem das exportstarke Deutschland profitieren von offenen Märkten ohne Zugangsbeschränkungen.“*

*Volker Scherer,  
Außenwirtschaftsexperte der IHK Pfalz*

öffentlichen Ordnung und Sicherheit‘ eine Formulierung, die eigentlich jede Ware und jeden Gegenstand einbeziehen kann, wenn die Politik das so definieren möchte.“ So eine Gesetzespraxis sei vor Gericht anfechtbar. „Nur wird ein Investor, der aus dem Ausland kommt, sich dieser Mühe garantiert nicht unterziehen“, warnt Nitschke. „Der wird Alternativen haben. Der wird sich sagen, in diesem Land bin ich nicht erwünscht, da fang ich gar nicht an.“ Problematisch sei auch, dass die vage Formulierung für jedwede populistische öffentliche Diskussion instrumentalisiert werden könne, „die dann ebenfalls Investoren abschreckt.“

### Starkes Interesse an Auslandsinvestitionen

Und noch eines: „Die deutschen Unternehmen sind bislang diejenigen, die in den letzten Jahren viel stärker im Ausland investiert haben als ausländische bei uns. Das diente der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und damit auch der Sicherheit der Arbeitsplätze hierzulande. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass weltweit ein offenes Investitionsklima existiert“, mahnt Nitschke.

„Andererseits wollen wir als deutsche Wirtschaft, dass ausländische Investoren hier bei uns einsteigen. Das haben wir schon vor der Finanzkrise gewollt. Jetzt verschärft sich diese Thematik enorm, da für mittlere und große Investoren die Gelder von den Banken nicht mehr in dem Maße zur Verfügung gestellt werden, wie das vorher der Fall war. Umso wichtiger ist der Einsatz von Investoren aus dem In- und Ausland. Wenn ein Fonds aus einem arabischen Land bei einem großen deutschen Automobilwerk einsteigt, dient das letztendlich der Sicherung der Arbeitsplätze und der Unternehmensstabilität. Daran müssen wir doch alle Interesse haben“, sagt Nitschke. (Fred G. Schütz)



Der Markt regelt es.

## Umwelt und Nachhaltigkeit in Brasilien

Chancen für Unternehmen aus Rheinland-Pfalz

**Auf der Ecogerma – der Messe über Umwelt und Nachhaltigkeit – beteiligte sich Rheinland-Pfalz sehr erfolgreich mit einem Firmengemeinschaftsstand. Organisiert wurde das Vorhaben vom Kompetenzzentrum Lateinamerika der IHK Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz.**

Brasilien ist der größte Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika und die wichtigste Volkswirtschaft der Region. Das Land verfügt über eine reichhaltige Biodiversität sowie über eine der größten landwirtschaftlichen Anbauflächen der Welt. Dadurch wird Brasilien zunehmend attraktiv. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland wachsen ständig. Raum für bilaterale Partnerschaften und Verträge gibt es beispielsweise in der Infrastruktur, bei den Biotreibstoffen und in der Agrarindustrie. Auf der Ecogerma präsentierten insgesamt vier Firmen aus Rheinland-Pfalz ihre Produkte: Die Juwi Holding AG aus Wörrstadt, führender Projektentwickler im Bereich der Erneuerbaren Energien mit Schwerpunkt Wind- und Solarenergie (Entwicklung, Finanzierung, Realisierung und Betriebsführung). Aus Fußgönheim die Klaus F. Meyer GmbH, Anbieter von chemischen Rohprodukten und speziellen Chemikalien. Mit dabei war auch die Sustainable Bridge GmbH aus Andernach, die Projektentwicklung und -beratung sowie Investitionen im Bereich Pflanzenöl als Bioenergie und Lebensmittel anbietet, sowie Consulting für dezentrale und nachhaltige Regionalkonzepte. ts-projectmanagement aus Bad Dürkheim bietet kaufmännisches Projektma-



*Vier rheinland-pfälzische Unternehmen, davon zwei aus der Pfalz, haben sich erfolgreich mit Unterstützung des Kompetenzzentrums Lateinamerika der IHK Pfalz und des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministeriums auf der Ecogerma in Brasilien präsentiert.*

agement auf Zeit, Beschaffung von Waren und Dienstleistungen für nationale und internationale Projekte im Industrie- und Anlagenbau und die Organisation von Projektteams.

Weitere Infos beim IHK-Kompetenzzentrum Lateinamerika, Kim Gronemeier, Tel. 0621 5904-1930, [kim.gronemeier@pfalz.ihk24.de](mailto:kim.gronemeier@pfalz.ihk24.de), [www.pfalz.ihk24.de/International](http://www.pfalz.ihk24.de/International) oder unter [www.ecogerma.com](http://www.ecogerma.com).

### TERMIN

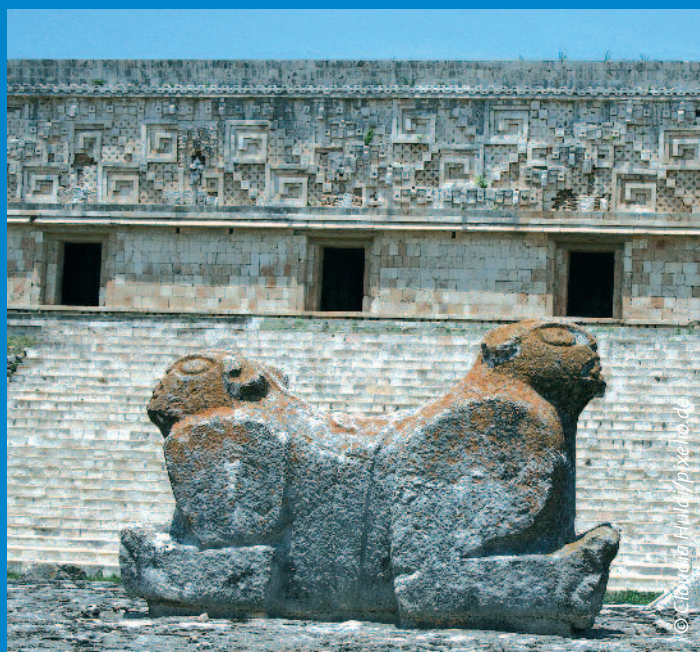
#### *Mexiko Intensiv*

14. Mai 2009

*Ganztägiges praxisorientiertes Seminar, bei dem ausgewiesene Experten und Kenner des mexikanischen Marktes zu Geschäftsmöglichkeiten und Rechtsfragen bei Handel und Investition informieren. Teilnahmegebühr: 180,00 Euro.*

*Weitere Infos und Anmeldung bei der IHK Pfalz, Kim Gronemeier, Tel. 0621 5904-1930, [kim.gronemeier@pfalz.ihk24.de](mailto:kim.gronemeier@pfalz.ihk24.de).*

*Weitere Veranstaltungen des Geschäftsbereichs International unter [www.pfalz.ihk24.de](http://www.pfalz.ihk24.de), Dokument-Nr. 7785, alle außereuropäischen Seminare unter Dokument-Nr. 3540.*



## Abfindungszahlungen

### Steuerpflicht bei fehlendem Hinweis auf Nettosumme

**Vereinbart ein Arbeitnehmer im Rahmen eines Auflösungsvergleichs mit dem Arbeitgeber eine Abfindung ohne ausdrücklichen Hinweis auf eine Nettosumme, besteht für diese Einkünfte die Steuerpflicht des Arbeitnehmers.**

Das hat das Landesarbeitsgericht München im Fall eines Chefarztes an einem Krankenhaus entschieden, der mit dem Arbeitgeber im Rahmen eines Kündigungsschutzprozesses einen Auflösungsvergleich mit einer Abfindungssumme von 700.000 Euro vereinbart hatte. Diese Summe hatte der Arbeitgeber ohne Abzüge ausgezahlt. Später entstand Streit darüber, wer die Steuerschuld (Einkommensteuer 285.293 €, Solidaritätszuschlag 15.665 €, Kirchensteuer 28.316 €) zu zahlen habe. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass die Höhe der Steuerpflicht den Beteiligten bekannt gewesen sein müsse. Wenn eine Abfindungssumme ohne ausdrücklichen Nettozusatz in einen Vergleich aufgenommen werde, bedeute das nach betrieblichen Gepflogenheiten und gerichtlicher Praxis, dass eine Bruttoabfindung vereinbart sei und demnach der Arbeitnehmer die Steuern zu zahlen habe. Denn Abfindungen nach dem Kündigungsschutzgesetz stellen Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit dar. Wenn jemand etwas anderes be-

absichtige, müsse er das ausdrücklich vereinbaren. Auch die Tatsache, dass der Arbeitgeber die Steuern vor der Auszahlung nicht abgezogen habe, ändere nichts am Vergleichswortlaut. (Urteil des Landesarbeitsgerichts – LAG – München vom 26. August 2008; Aktenzeichen: 6 Sa 277/08). (DIHK)

## Unter der Lupe

### „Germany“ auf Produkten

**Das Landgericht Frankfurt (Urteil vom 07.11.2008, Aktenzeichen: 3/12 O 55/08) hat sich mit der Kennzeichnung „Germany“ auseinandergesetzt.**

Die von der Wettbewerbszentrale angeregte Klage richtete sich gegen einen deutschen Schneidwarenhersteller, welcher auf seinen Produkten die Beschriftung „Rostfrei... Germany“ benutzte. Die Produkte selbst waren aber unstrittig im Ausland hergestellt. Das Gericht bestätigte, dass die Angabe „Germany“ Auskunft gebe über das Herstellungsland. Dies folge schon daraus, dass Händlern Schneidwarenprodukte aus dem Industriegebiet Solingen bekannt seien. Diese gelten als Qualitätsprodukte. Die angesprochenen Händler und weitere Verkehrskreise würden durch die Länderkennzeichnung „Germany“ besondere Qualitätsmerkmale erwarten. Die Verwendung des Begriffs „Germany“ für im Ausland hergestellte Produkte sei daher unzulässig. (DIHK)

## Sechs Abmahnungen

### Keine Warnfunktion mehr

**Wenn ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer wegen Verletzungen arbeitsvertraglicher Pflichten sechsmal abmahnt und dann bei wiederholter Pflichtverletzung die Kündigung ausspricht, führt die fehlende Warnfunktion der zahlreichen Abmahnungen zur Unwirksamkeit der Kündigung.**



Das hat das Landesarbeitsgericht Hessen im Fall einer Dozentin an einer Bildungseinrichtung entschieden. Der Arbeitgeber hatte die Dozentin wegen verspäteter Erledigung von Arbeitsaufträgen sechs Mal abgemahnt, ohne die angedrohte Kündigung auszusprechen. Nach einem weiteren ähnlichen Vorfall kündigte der Arbeitgeber schließlich. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass die Abmahnung aufgrund der vorangegangenen folgenlosen Abmahnungen ihre gesetzliche Warnfunktion eingebüßt habe. Um dem zu begegnen, hätte der Arbeitgeber in der Folge der wiederholten Abmahnungen zumindest zum Ausdruck bringen müssen, dass die Intensität der Abmahnung gesteigert werde. Da er dies unterlassen habe, habe die Arbeitnehmerin auch nach der sechsten Abmahnung weiterhin darauf vertrauen dürfen, dass ernsthafte arbeitsrechtliche Folgen ausbleiben würden. (Urteil des Landesarbeitsgerichts – LAG – Hessen vom 20. Oktober 2008; Aktenzeichen: 17 Sa 1826/07). (DIHK)

## TERMIN

### Wirtschaft im Umbruch

19. Mai, 15:00 Uhr

*„Wirtschaft im Umbruch – Auswirkungen der Krise auf den Mittelstand“, so lautet der Titel einer gemeinsamen Infoveranstaltung der IHK Pfalz und des Büros der Frankfurter RAe Graf von Westphalen. Im Rahmen der Veranstaltung stehen mehrere halbstündige Referate zu allen für die Krisenbewältigung relevanten Themen auf dem Programm. Aus rechtlicher Sicht sollen neben den Risiken auch die Chancen in der Krise beleuchtet werden. Der inhaltliche Bogen reicht von Fragen der Finanzierung, Forderungsausfälle und Insolvenz über Personalkosten bis zum Unternehmenskauf in der Krise.*

*Weitere Infos und Anmeldung bei der IHK Pfalz, Ass. Jur. Heinrich Jöckel, Tel. 0621 5904-2010, heinrich.joekel@pfalz.ihk24.de. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.*

## Urlaubsverfall bei Langzeiterkrankten

Jetzt hat auch das BAG entschieden

**Im Wirtschaftsmagazin Pfalz, Ausgabe März 2009, hatten wir über die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 20. Januar 2009 informiert, in welcher der EuGH festhielt, dass der Urlaubsverfall bei Langzeiterkrankten, der sich aus § 7 Absatz 3 Bundesurlaubsgesetz ergab, europarechtswidrig sei. Wir hatten dabei die Auffassung vertreten, dass diese Entscheidung nicht unmittelbar Anwendung auf Privatrechtspersonen findet.**

Das BAG hat nunmehr in einer Entscheidung vom 24.03.2009 (Az.: 9 AZR 983/07) in einem ähnlich gelagerten Fall entschieden, dass die EuGH-Entscheidung doch unmittelbar auf private Arbeitgeber Anwendung

findet. Damit hat das BAG seine ständige Rechtsprechung aus dem Jahr 1982 aufgegeben. Dies bedeutet, dass künftig Urlaub, der im Jahr des Entstehens eines Urlaubsanspruchs und im Übertragungszeitraum bis zum 31.03. des Folgejahres aus Krankheitsgründen nicht genommen werden kann, nicht mehr verfällt und ggf. abzugelten ist. Kehrt der Arbeitnehmer nach langer Krankheit an seinen Arbeitsplatz zurück, kann er einen Urlaubsanspruch geltend machen, endet das Arbeitsverhältnis ohne Rückkehr des Arbeitnehmers, steht diesem möglicherweise auch bei fortdauernder Arbeitsunfähigkeit ein Urlaubsabgeltungsanspruch zu. Bisher liegt nur die Pressemitteilung des BAG bezüglich dieser Entschei-

dung vor, aus der Pressemitteilung lässt sich aber entnehmen, dass die Entscheidung des BAG sich wahrscheinlich nur auf den gesetzlichen Mindesturlaub und nicht auf den darüber hinaus gehenden Urlaub aus Arbeitsvertrag bzw. Tarifvertrag bezieht. Letztlich können aber nur nach Vorliegen der Entscheidungsgründe diese und andere Fragen rechtssicher beantwortet werden. Ein automatisches Verfallen von Urlaubsansprüchen am 31.03. des Folgejahres ist zumindest nicht mehr gegeben.

*RA Alexander Schlichting,  
Industrieverbände Neustadt/Weinstraße,  
Tel. 06321 852-242, Alexander.Schlichting@ivn.de, www.ivn.de*

## Regelmäßige Büroreinigung

Arbeitnehmer hat Anspruch

**Ein als Betriebsleiter beschäftigter Arbeitnehmer kann vom Arbeitgeber verlangen, dass sein dienstlich genutztes Büro regelmäßig gereinigt wird.**

Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz im Fall eines bei den US-Stationierungstreitkräften beschäftigten Betriebsleiters entschieden, dessen Arbeitge-

ber beschlossen hatte, aufgrund von Kürzungen im Finanzhaushalt die Reinigung auf die Toiletten zu beschränken. Die Büroreinigung wurde eingestellt und sollte zukünftig von den Arbeitnehmern übernommen werden. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass aufgrund öffentlich-rechtlicher Arbeitsschutzbestimmungen eine Pflicht des Arbeitgebers be-

stehe, für eine regelmäßige Reinigung der Arbeitsräume Sorge zu tragen, um Gesundheitsgefährdungen für die Arbeitnehmer zu vermeiden. Zwar sei es dem Arbeitgeber überlassen, welche Schutzmaßnahmen er dafür ergreife. Verletze er aber mit der grundsätzlichen Weigerung seine Verpflichtung zur Herstellung eines arbeitsschutzkonformen Zustandes, habe der Arbeitnehmer einen Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung zur Erfüllung der Schutzpflicht. Ein Direktionsrecht des Arbeitgebers dahingehend, dass der Arbeitnehmer seine Arbeitsräume selbst reinigen müsse, bestehe jedenfalls bei einem Betriebsleiter aufgrund seiner Dienststellung nicht. Da der Arbeitgeber keine der Billigkeit entsprechende Bestimmung seiner Leistungspflicht vorgenommen habe, sei eine Leistungsbestimmung durch gerichtliches Urteil zu treffen. Der Ermessensspielraum sei dadurch nicht dauerhaft eingeschränkt, denn der Arbeitgeber könne durch pflichtgemäße Ermessensausübung seiner Verpflichtung auch durch andere als die gerichtlich verfügbaren Maßnahmen nachkommen. (Urteil des Landesarbeitsgerichts – LAG – Rheinland-Pfalz vom 19. Dezember 2008; Aktenzeichen: 9 Sa 427/08). (DIHK)



## Ludwig Georg Braun

Acht Jahre erfolgreicher Einsatz an der DIHK-Spitze

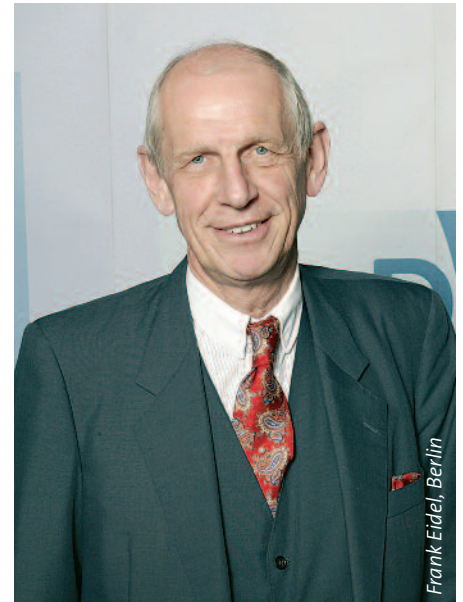
**Nach acht Jahren erfolgreicher Amtszeit legt der Präsident des DIHK, Ludwig Georg Braun, satzungsbefugt sein Amt nieder. Heute sind die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung von Innovation und Forschung und die Forderung nach einer besseren Bildungspolitik fester Bestandteil politischer Arbeit aller demokratischen Parteien. Das sind nur einige der großen Verdienste, die Ludwig Georg Braun sich in seiner DIHK-Präsidenschaft erworben hat.**

„Welchen Beitrag leisten wir für zusätzliche Ausbildungsplätze?“ Mit diesem Satz wurde Braun der Vater des Ausbildungspaktes. Gegen alle Skepsis unterzeichnete er im Jahr 2004 die Übereinkunft zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Der Erfolg ist beispielhaft: Seit Beginn des Paktes konnte die Zahl der Neuverträge um etwa 20 Prozent gesteigert werden. Mit unermüdlichem Einsatz hat Braun auch für eine Reform der Erbschaftsbesteuerung gekämpft. Selbst wenn Koalitionszwänge das zum Jahresende 2008 gefundene Kompromissergebnis erkennbar prägen, hat der DIHK-Präsi-

dent doch eine wesentlich schädlichere Lösung mit verhindern können. Nicht nur auf die Politik warten, sondern bei sich selber anfangen, lebte Braun als Chef eines international tätigen Unternehmens, der B. Braun Melsungen AG, vor. Er verkörpert im besonderen Maße den „ehrbaren Kaufmann“. Als global agierender Unternehmer ist er dennoch dem Standort Deutschland treu.

Dem überzeugten Europäer Braun war es ein besonderes Anliegen, die Schlagkraft der IHK-Organisation in Brüssel zu erhöhen – zugunsten der deutschen Unternehmen. Darüber hinaus hat Braun die internen Veränderungsprozesse des DIHK mit gestaltet: Mit dem vom ihm vorangetriebenen Beschluss, das kaufmännische Rechnungswesen einzuführen, wurde eine entscheidende Grundlage für die Gesundung und Konsolidierung der DIHK-Finanzen gelegt.

Ludwig Georg Braun war in den letzten acht Jahren gefragter Gesprächspartner von Politik, Verbandsvertretern und Gewerkschaftern. In Interviews wählt Braun



Frank Eidel, Berlin

gern klare Worte. So wundert es nicht, dass die *Berliner Morgenpost* schreibt: „Dieser Mann wird niemals in Sabine Christiansens Talksendung auftreten. Denn dem neuen DIHK-Präsidenten Ludwig Georg Braun ist der Sonntag heilig.“ Daran vermochte auch Anne Will bis heute nichts zu ändern.  
(Dr. Martin Wansleben, DIHK)



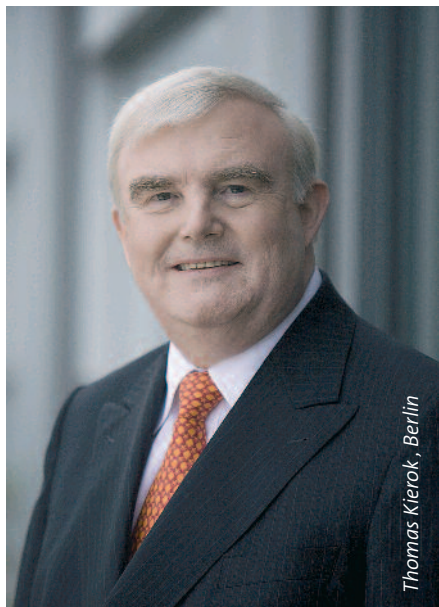
Die Vertreter von IHK und HWK der Pfalz trafen sich am 25. März mit den Pfälzer Abgeordneten beim Parlamentarischen Abend in Berlin. Links Willi Kuhn, Präsident der IHK Pfalz. Der Parlamentarische Abend mit den Bundestagsabgeordneten und Kammervertretern aus ganz Rheinland-Pfalz dient traditionell dem Erfahrungsaustausch und bietet die Möglichkeit zur Meinungsbildung abseits des Tagesgeschäftes.



Die Vollversammlung des DIHK hat auch vier neue Vizepräsidenten bestimmt. V.l.n.r.: Alfred Clouth (53), Präsident der IHK Offenbach, Geschäftsführer der Alfred Clouth Lackfabrik GmbH & Co. KG; Frank Horch, Präses der Handelskammer Hamburg, Geschäftsführer der Blohm + Voss International GmbH; Paul Bauwens-Adenauer (55), Präsident der IHK zu Köln, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG; DIHK-Präsident Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann; Klaus Olbricht (55), Präsident der IHK Magdeburg und Geschäftsführer der Elektromotoren und Gerätebau Barleben GmbH in Barleben; DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben.

## Hans Heinrich Driftmann

„Man muss doch kein Ferkel sein“



**Als ihn kürzlich ein Journalist fragte, was er davon halte, wenn erfolgreiche Bankmanager horrenden Boni für sich in Anspruch nähmen, antwortete Hans Heinrich Driftmann wie aus der Pistole geschossen: „Wenn es keine Regeln gibt, ist das immer noch keine Aufforderung, zum Ferkel zu werden!“**

Der neue Mann an der Spitze des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ist bekannt für „klare Kante“. Der persönlich haftende Gesellschafter der Kölln Flocken KGaA in Elmshorn hat sich schon als Präsident der IHK zu Kiel in den vergangenen Jahren mit seinen offenen Worten als Berater, aber auch Kritiker der Politik einen Namen über Schleswig-Holstein hinaus gemacht. Der Politik bot Driftmann gleich nach seiner Wahl – mit überwältigender Mehrheit durch die DIHK-Hauptversammlung am 26. März 2009 – eine enge Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Krise an. Er warnte allerdings davor, der Versuchung zu erliegen, einzelne Unternehmen der Realwirtschaft durch eine staatliche Beteiligung retten zu wollen. Das verzerre den Wettbewerb und gehe zudem fast immer schief – wie das Beispiel Holzmann zeige. Wichtiger sei es, die Prinzipien der Sozialen Marktwirt-

schaft wieder ernsthaft zur Anwendung kommen zu lassen. Driftmann: „Und dazu zählt gerade die individuelle Haftung und Verantwortung. Das ist in Wirtschaft und Politik in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen.“

Als bisheriger DIHK-Vizepräsident hat Driftmann den Bildungsausschuss geleitet, weil Bildung dem 61-jährigen Vater von vier Töchtern und Großvater von sechs Enkeln besonders am Herzen liegt. Sie wird auch in der neuen Funktion ein Megathema bleiben: „Zur Überwindung der Krise ist es schlicht unerlässlich, auf Bildung – und zwar neben der Erstausbildung gerade auch auf die Weiterbildung – zu setzen.“ Außerdem wirbt der promovierte Psychologe und Honorarprofessor der Kieler Universität vehement für bessere Hochschulen, die Verankerung von Wirtschaftsethik in den Uni-Lehrplänen und mehr Verantwortung für das eigene Handeln.

1987 übernahm er die Leitung des traditionsreichen Familienunternehmens Peter Kölln. Rund 300 Mitarbeiter zählt das Elmshorner Stammwerk heute. Die Azubiquote liegt bei 9 Prozent. Dazu kamen unter Driftmanns Führung Marken wie Biskin, Livio, Palmin und Poms Kindergrieß. Das Frühaufstehen, er ist ab 7 Uhr im Büro, und straff organisierte Planung lassen ihm Zeit für andere Engagements: „Bis 11 Uhr gehöre ich dem Unternehmen, danach dem Ehrenamt. Von vielem will er sich jetzt trennen, insbesondere seine Ämter in anderen Wirtschaftsverbänden aufgeben, um sich ganz der neuen Aufgabe an der Spitze der IHK-Organisation zu widmen.“

Und wenn dann noch Freizeit übrig ist? Er schmünzelt: „Ich bin Viel- und Schnelleser. Theologische Bücher, Biografien von Politikern – ja, sind dabei. Aber ein besonderes Faible habe ich für historische Krimis.“

(Ute Brüssel, DIHK)

## IMPRESSUM



### Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, 67059 Ludwigshafen Ludwigplatz 2-4, Tel. 0621 5904-0, Fax 5904-1204 www.pfalz.ihk24.de

### Verantwortlich:

Sabine Fuchs-Hilbrich M.A.

### Redaktion:

Sabine Fuchs-Hilbrich M.A.  
Tel. 0621 5904-1200  
sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de  
Cordula Häde  
Tel. 0621 5904-1202  
cordula.haede@pfalz.ihk24.de  
Redaktionsassistentin:  
Susanne Bähr  
Tel. 0621 5904-1201  
susanne.baehr@pfalz.ihk24.de

### Verlag:

IHK-Magazin Pfalz GbR  
Sitz: Landau  
c/o ProVerlag GmbH  
Hans-Sachs-Ring 85  
68199 Mannheim

### Verlagsmanagement:

Christian Voigt,  
Hans-Sachs-Ring 85  
68199 Mannheim  
Tel. 0621 84480-0, Fax 84480-33  
voigt@proverlag.de  
www.proverlag.de

### Layout und Herstellung:

DTP-Studio, Michael Bechtold  
Schlesierstraße 54b  
69509 Mörlenbach  
Tel. 06209 7140-20, Fax 7140-44

### Anzeigen-Marketing und verantwortlich für Anzeigen:

ProVerlag GmbH, Norbert Bleuel  
Ilsenklinger Weg 18  
69509 Mörlenbach  
Tel. 06209 7140-0, Fax 7140-33  
bleuel@proverlag.de

### Druck:

pva Druck und Medien-Dienstleistungen GmbH  
Industriestr.15, 76829 Landau/ Pfalz  
Tel. 06341 142-0, Fax 142-265

### Anzeigenpreisliste:

Nr. 7 vom 1. Januar 2009  
Erscheinungsweise: 10 x pro Jahr  
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Wirtschaftsmagazin Pfalz ist das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.

Nicht-IHK-Mitglieder können das Magazin im Jahresabonnement beziehen (10 Ausgaben, 31 Euro + 7% MwSt.). Das Abonnement läuft zunächst für ein Jahr ab Bestellung und verlängert sich automatisch um ein weiteres, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der IHK dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

## 1. Südpfälzer Buchmesse

Am 9. und 10. Mai wird erstmals eine Buchmesse in der Südpfalz veranstaltet, auf der fast alle in der Region ansässigen Verlage und Selbstverleger vertreten sind. Dazu gibt es ein kulturelles Begleitprogramm, das mit den einzelnen Lesungen und Vorträgen einen Bogen spannt durch viele literarischen Genres: vom Gedicht (Hochdeutsch und Mundart), über Kurzgeschichte und Erzählung, bis hin zum historischen Roman und südpfälzischen Heimatroman. Damit soll eine Profilierung der Region als traditioneller Verlagsstandort und als vielfältige und dynamische Literaturlandschaft vermittelt werden. Ort: „Kulturscheune im Bachstelznest“ in Annweiler-Queichhambach.

[www.giuro.de](http://www.giuro.de)



## 13. Markt der Genüsse in Neustadt



Über 50 Spezialitäten-Aussteller, allesamt Direktvermarkter von Produkten aus Lebensmittelmanufakturen und Kleinbetrieben, stellen ihre Produkte vor. Größter Wert wird dabei auf Qualität und Vielfalt der Erzeugnisse gelegt. In der „Toskana Deutschlands“ dürfen natürlich auch mediterrane Spezialitäten nicht fehlen. Hausgemachte Pasta, würzige Öle und Essige, sowie südländische Feinkost laden zum Probieren ein. Über alle drei Tage begleitet zudem ein kulturelles Rahmenprogramm den Markt. Der Markt der Genüsse findet vom 30. Mai - 1. Juni im Herrenhof Neustadt/Mußbach statt. Der Eintritt ist frei.

[www.markt-der-genuesse.de](http://www.markt-der-genuesse.de)

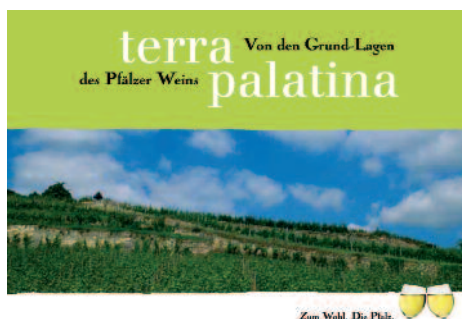
## Terra Palatina

Die Pfalzwein-Werbung hat eine neue Broschüre zum Thema „Terroir“ vorgestellt.

„Terra palatina – von den GrundLagen des Pfälzer Weins“ umfasst 18 Seiten im handlichen DIN A6 Format. Im Mittelpunkt steht eine Kurzdarstellung der vier dominierenden Böden im Pfälzer Weinbaubiet. Weitere Kapitel befassen sich mit der

Entstehung des Rheingrabens, den Wechselwirkungen zwischen Böden und Sensorik, den Lagenamen der Pfalz sowie dem Einfluss des Klimas und des Pfälzerwalds auf den Weinbau. Die Broschüre ist mit fachlicher Unterstützung des Geologischen Landesamtes und des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum Rheinpfalz entstanden. Die Broschüre gibt es kostenlos gegen Zusenden eines mit 0,55 Euro frankierten und adressierten Rückumschlags an Pfalzwein e.V., Terra Palatina, Martin-Luther-Str. 69, 67433 Neustadt.

[www.pfalzwein.de](http://www.pfalzwein.de)



## VORSCHAU

Juni 2009

## Die Pfalz rockt

Wo in der Pfalz die Musik spielt, sind nicht immer nur die öffentlichen Veranstalter die maßgeblichen Player. Viele Private, Kneipen, Kleinkunsthöhlen und sogar Ausflugslokale sorgen für kulturelle „Grundversorgung“ mit Standortwirkung.



## Brüsseler Spitzen

Damit die Stimme der deutschen Wirtschaft auch im vereinten Europa gehört wird, unterhält der DIHK in Brüssel ein Kontaktbüro. Dr. Bettina Wurster, beim DIHK Referatsleiterin EU-Umweltpolitik und Umweltrecht, hat sich bei den Pfälzer Unternehmen umgehört, wo sie der Schuh drückt. Welche Themen dies konkret sind, lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

